

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Berlin N 24, Elsasserstr. 86 - 88¹¹¹
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schenkulitz, Augustastrafje 8. — Redaktionsschluf: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petizeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Reichstag und Arbeitslosen-Versicherung. Rundschau. Soziale Monatsschau. Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit, II. Gewerkschaftliche Verfassungsfragen. — **Allgemeines:** Schattenseiten der technischen Entwicklung, II. Gehaltsstreit und kein Ende! Persönliche Bemerkungen. Ortsberichte: Dresden, Fünf, Offenbach. — **Der Lithograph:** Annoncenzeichner. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Leipzig (Chemigr.). — **Photogr. Mitarbeiter:** Weihnachtarbeit. Feuilleton: Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An die Ortsvorstände!

Durch das Hauptbureau hat am 3. und 4. Dezember d. J. ein Materialversand mit dem Rundschreiben Nr. 3 stattgefunden. Ortsverwaltungen, die diese Sendung nicht erhalten haben, werden um Mitteilung gebeten.

Wir geben ferner bekannt, daß jedes Mitglied (mit Ausnahme der kürzlich neu eingetretenen) im Besitze des neuen Mitgliedsbuchs sein muß.

Durch die Säumligkeit einzelner Mitgliedschaftsvorstände hat die letzte Eridigung erst kürzlich stattfinden können. Sollten nun in einer Mitgliedschaft noch Kollegen ohne diese Bücher sein, so wende man sich sofort an uns, da wir noch eine Anzahl Bücher von abgerelsten Kollegen zurück erhalten haben.

Die alten Mitgliedsbücher sind gut aufzuheben, weil sie bei späterem Unterstützungsbezug als wertvoller Ausweis dienen können.

Der Hauptvorstand.

Lithographen und Steindrucker, Achtung!

Frankreich. In Marseille ist ein Streik der Lithographen und Steindrucker wegen Erringung der 9stündigen Arbeitszeit ausgebrochen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariftreuen Anstalten ist nachzutragen die Firma:

Franz Barth, Zwenkau.

Berlin, den 1. Dezember 1913.

Reichstag und Arbeitslosenversicherung.

Am 5. und 6. Dezember stand im Reichstage die sozialdemokratische Interpellation zur Arbeitslosenversicherung zur Verhandlung. Unter der Überschrift *„Warten und - hungern“* veröffentlichte der *„Vorwärts“* eine zusammenfassende Darstellung des Ergebnisses des ersten Verhandlungstages, die über die Haltung der Regierung und der bürgerlichen Fraktionen zur sozialdemokratischen Interpellation und zur Forderung einer Reichsarbeitslosenversicherung sehr gut informiert. Wir haben daher den Artikel gewissermaßen als Bericht über die Verhandlungen in unser Blatt übernommen. Die Redaktion.

Die Verhandlungen im Reichstage über die Arbeitslosen-Interpellation der Sozialdemokraten bilden eine bezeichnende Fortsetzung der Auseinandersetzungen an den beiden Tagen vorher. Zeigen sie doch, daß dieselbe Gesellschaft, die für den Militarismus unbegrenzte Lasten dem arbeitenden Volke auferlegt, vollständig versagt, wenn es gilt, auch nur die dringenden der allgemein als berechtigt anerkannten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Daß es sich hier in der Tat um dringende und berechtigte Forderungen der Arbeiter handelt, mußten sowohl die Regierungen als auch die Redner der großen Mehrheit des Reichstages zugeben. Genosse Silberschmidt begründete in sehr wirksamer Weise die Interpellation. Er legte ausführlich dar, wie not-

wendig die von uns verlangten Maßnahmen zur Hilfe für die arbeitslosen Arbeiter sind. Er führte eine Fülle von Tatsachen an, die unwiderleglich beweisen, daß das, was bisher für die arbeitslosen Arbeiter geschehen ist, in keiner Weise genügt, und daß auch die Gemeinden allein nicht in dem nötigen Maße helfen können, sondern daß das Reich endlich eingreifen müsse.

Der Vertreter des Reichskanzlers, der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr Dr. Delbrück, ließ es in seiner Antwort auf die Interpellation an schönen Worten nicht fehlen. Er gab ausdrücklich zu, daß sich auch das Reich um die Hilfe für die arbeitslosen Arbeiter kümmern müsse.

Am liebsten hätte der Herr mit dieser all gemeinen und ganz unverbindlichen Redensart die sozialdemokratische Interpellation abgetan. Das ging aber nicht. Die Sozialdemokraten hatten ja ausdrücklich nach den Maßnahmen gefragt, die der Reichskanzler zur Hilfe für die arbeitslosen Arbeiter durchzuführen gedenkt, und insbesondere wollten sie wissen, ob der Reichskanzler dem Reichstage den Entwurf eines Arbeitslosenversicherungs-Gesetzes vorlegen werde. Überdies hatte Genosse Silberschmidt eingehend die einzelnen Forderungen für die arbeitslosen Arbeiter besprochen. Er hatte verlangt, daß wir die Grenzen für die Einfuhr billiger Lebensmittel öffnen, daß wir unsere Arbeiterschutzgesetzgebung besser ausbauen und daß wir den von den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gewiesenen Weg zur Arbeitslosenversicherung beschreiten.

Über die Arbeiterschutzforderungen sprach der Staatssekretär kein Wort. Trotz aller Mahnungen und Anträge der Sozialdemokraten hat dieser Reichstag zur Verbesserung des gesetzlichen Arbeiterschutzes so gut wie gar nichts geleistet. Diese Tatsache zeigt nur zu deutlich, wie es in Wahrheit mit der Arbeiterfreundlichkeit der Regierungen und der bürgerlichen Parteien bestellt ist. Daher ist es begreiflich, daß der Staatssekretär es vorzog, über die Arbeiterschutzforderungen mit Stillschweigen hinwegzugehen.

Dagegen lei'sete der Herr sich den Scherz, mit der ernstesten Miene von der Welt zu versichern, daß die *„bewährte“* Zollwucherwirtschaft auch den Arbeitern zum Nutzen gereicht — er erntete damit auf der linken Seite des Hauses die wohlverdiente Heiterkeit.

Sehr ausführlich beschäftigte er sich aber mit der Arbeitslosenversicherung, um alle möglichen und unmöglichen Schwierigkeiten, die sich bei diesem Unternehmen zeigen könnten, in den lebhaftesten Farben auszumalen. Ein Zuruf erinnerte den Herrn daran, daß wir auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung schon einige Erfahrungen haben. Darauf antwortete Herr Delbrück: daß sich die Arbeitslosenversicherung in vielen wichtigen Punkten von den anderen Versicherungen des Reichs unterscheide, und daß gerade aus diesem Grunde die Durchführung dieser Versicherung besonders schwierig sei. — Allerdings kann kein verständiger Mensch

die Unterschiede übersehen. Aber nach den Erfahrungen mit den Arbeiterversicherungen des Reichs und mit den Arbeitslosenversicherungen der Gewerkschaften sind die Schwierigkeiten leichter zu überwinden als seinerzeit die Schwierigkeiten bei der ersten Reichsversicherung, als noch jede Erfahrung auf diesem Gebiete fehlte.

Offenbar sind aber auch für den Staatssekretär jene Schwierigkeiten durchaus nicht entscheidend. Wichtiger ist vielmehr die Furcht, daß die freien Gewerkschaften durch die Arbeitslosenversicherung gestärkt werden können. Die Gewerkschaften wollen den Arbeitern möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen. Das ist ihr ganzes Verbrechen. Um dieses Verbrechens willen sucht der Staatssekretär alles zu vermeiden, was irgendwie zu einer Stärkung der Gewerkschaften führen könnte, selbst wenn dadurch Tausende von Arbeitern dem furchtbarsten Elend preisgegeben werden. Eine schöne Auffassung von der Aufgabe des Ministers für Sozialpolitik! Aber glaubt denn der Herr wirklich, daß er mit dieser vermeintlich so guten Gesinnung jene Gefahr, die Stärkung der Gewerkschaften vermeidet? Das Gegenteil tritt ein. Je mehr die Arbeiter in ihrer Hoffnung auf die Hilfe der herrschenden Klasse enttäuscht werden, um so weitere Kreise der Arbeiter werden sich ihren Gewerkschaften anschließen, um mit deren Hilfe ihr gutes Recht zu vertreten. Zum Schluß seiner Rede spielte der Staatssekretär noch seinen Haupttrumpf aus, mit dem er denn auch das Spiel — wenigstens bei den Unternehmern — sicher gewinnt: er versicherte, daß vorläufig die Unternehmer die Kosten der Arbeitslosenversicherung nicht tragen können. Im vorigen Jahre dagegen bei den gewaltigen neuen Ausgaben für das Militär, da hieß es: die Ausgaben müssen gedeckt werden; da gab es keine Rücksicht darauf, ob unser Wirtschaftsleben durch die Entziehung so großer Summen für unproduktive Zwecke nicht auch aufs schwerste geschädigt werde. Aber freilich! Bei der Arbeitslosenversicherung handelt es sich ja nicht um schneidige Offiziere, sondern nur — um hungernde Arbeiter.

So können die arbeitslosen Arbeiter, wenn es nach der Rede des Staatssekretärs geht, noch lange auf die Arbeitslosenversicherung warten und — hungern.

Auch von den bürgerlichen Parteien haben sie nichts zu erwarten. Die meisten Abgeordneten hielten es gar nicht der Mühe wert, den Verhandlungen beizuwohnen. Der Redner des Zentrums, Abgeordneter Giesberts, der National-liberale Dr. Quard (Coburg) und Abgeordneter Weinhausen von der Fortschrittlichen Volkspartei folgten dem Beispiele des Staatssekretärs, wobei sie allerdings mehr oder weniger freundliche Worte für die Arbeitslosenversicherung hatten. Sie begnügten sich ebenfalls mit der Hoffnung, daß vielleicht dereinst einmal eine bessere Statistik vorliegen werde und die Schwierigkeiten durch Untersuchungen und Er-wägungen verringert werden. Dann werde die Arbeitslosenversicherung kommen.

Der Konservative Graf v. Carmer-Ziesewitz und der Freikonservative Wermuth traten offen gegen die Arbeitslosenversicherung auf. Der erste befürchtete, daß nach Durchführung der Arbeitslosenversicherung noch mehr Arbeiter als bisher aus der liebevollen Behandlung der Junker entlaufen würden, und der andere Herr wiederholte all die gestrichelten Einwände der »Arbeitgeber-Zeitung«. »Vorwärts«.

Über die Verhandlungen vom 6. Dezember ist wenig zu berichten. Der Elsässer Dr. Haeg erging sich in einigen allgemeinen Bemerkungen über die Arbeitslosenversicherung und der fromme Antisemit Mumm fuhr in demselben Gleise, wobei er noch seine obligate Vorlesung gegen die Sozialdemokratie von Stapel ließ. Schließlich beendete Genosse Brandes die Beratung über die Interpellation mit einer gründlichen Zerpfückung aller vom Staatssekretär und den bürgerlichen Rednern gegen die Arbeitslosenversicherung erhobenen Einwände. Hat die Verhandlung auch ein greifbares Ergebnis noch nicht gehabt und hat sie auch gezeigt, daß es noch vieler Arbeit der Gewerkschaften und der Partei bedarf, ehe die Arbeitslosenversicherung errungen sein wird, so wird sie doch dazu beigetragen haben, die Augen der Welt auf das in Deutschland herrschende Arbeitslosensend zu lenken und Abwehrmaßnahmen überhaupt erst einmal zur Verhandlung zu bringen. Die ganze Arbeiterschaft muß dafür wirken, daß die Angelegenheit immer mehr und mehr in Fuß kommt und daß sie aus der öffentlichen Erörterung nicht mehr verschwindet, so lange nicht die Reichsarbeitslosenversicherung allen Rückwärtsern und Scharfmachern zum Trotz wirklich ist.

Rundschau.

Das graphische Gewerbe im sächsischen Staatsetat. Wie die »Buchbinderzeitung« berichtet, sieht der neue, zwei Jahre umfassende Voranschlag des sächsischen Staatssetats unter den einmaligen außergewöhnlichen Ausgaben als Aufwand aus Anlaß des 150jährigen Bestehens der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig und aus Anlaß der Beteiligung der Akademie an der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik den Betrag von 55000 Mk. — jährlich 27500 Mk. — vor. Für eine künstlerisch ausgestattete Jubiläumsschrift sind 12000 Mk. angesetzt. Für die Akademie selbst sind 21000 Mk. neu eingestellt zur Beschaffung von Maschinen, Werkzeugen usw., die nach dem Ausbau des Unterrichts und zur Verbesserung der Sammlungen nach dem heutigen Stande der Technik dringend notwendig sind. Ferner werden für Um- und Erweiterungsarbeiten als erste Rate 332000 Mk. — jährlich 166000 Mk. — gefordert. Bei den einmaligen Ausgaben sind als zweite Rate 900000 Mk. zum Bau eines Sammlungs- und Verwaltungsgebäudes für die Deutsche Bucherei, Errichtung, Unterhaltung, Verwaltung und Erweiterungen dieser Sammlungen eingestellt. Endlich sind noch 100000 Mk. als Staatsbeitrag zur Deckung eines etwaigen Fehlbetrages für die Buchgewerbe-Ausstellung 1914 vorgesehen.

Auswüchse der Photographen-Zwangsinnungen. In Görlitz wurden 5 Schreibwarenhändler, welche die Aufnahmen zu ihren Ansichtskarten selbst machten, zum Eintritt in die Photographen-Zwangsinnung aufgefordert. Ihre Beschwerde wurde sowohl vom Magistrat als auch vom Regierungspräsidenten zurückgewiesen. — In der Pfalz wurde ein Drogist, der für seine Kunden, die Apparate oder sonstige photographische Artikel kauften, Platten entwickelte oder Abzüge machte, zur Photographen-Zwangsinnung herangezogen. Die eingelegte Beschwerde schwebt noch. — Nach dieser Praxis können alle Photographen, die Bilder einrahmen, auch zu den Glaserinnungen herangezogen werden. Lassen sie von ihrem Buchbinder im eignen Betriebe Kartonnagen machen, kommen sie noch zur Buchbinder-Innung usw. Die rigorose Praxis der Photographen-Zwangsinnungen kann sich also an den Photographen selbst noch bitter rächen. — In der Versammlung der Berliner Photographen-Zwangsinnung am 20. November wurde der Beschluß, die vorgeschriebenen Mindestpreise einhalten zu müssen, wieder aufgehoben. Der vor kurzer Zeit erst gefaßte Beschluß hatte viel Unzufriedenheit unter einem großen Teil der Innungszwangsinnglieder hervorgerufen.

Geschäftsergebnisse. Der Beschäftigungsgrad in der Aktiengesellschaft für Buntpapier und Leimfabrikation, Aschaffenburg, war trotz der allgemein schlechten Geschäftslage im laufenden Jahre, wenn auch geringer, so doch noch immer befriedigend.

Daher wird wie im Vorjahre die Ausschüttung einer Dividende von 10 Proz. zu erwarten sein.

Kunst und Welthandelsstadt. Ein Hamburger Propaganda-Plakat war der Gegenstand eines Wettbewerbes, den die Hamburger Plakatgesellschaft kürzlich ausgeschrieben hat. Das Preisgericht hat sich nicht entschließen können, einen der siebzig eingereichten Entwürfe mit einem ersten Preise auszuzeichnen. Nicht einem der Bewerber ist es gelungen, für den Charakter der Welthandelsstadt einen schlagenden, symbolischen Ausdruck zu finden.

Neue Briefmarken erscheinen in Bayern. Das Verkehrsministerium hat seit einiger Zeit von namhaften Künstlern Entwürfe zu den neuen bayerischen Briefmarken anfertigen lassen. Diese sollen mittels eines neuen, bereits erprobten, aber bisher von keinem Lande angewandten Verfahrens hergestellt werden.

Amilche Wohltätigkeitsbriefmarken. Die Schweiz gibt demnächst für die Dauer eines Monats Postwertzeichen heraus, die 10 Centimes kosten und auch die entsprechende Inschrift tragen, deren Frankierungswert aber in Wirklichkeit nur 5 Centimes beträgt. Die Post erhält also nur 5 Centimes für die Beförderung und führt die übrigen Centimes an einen Wohltätigkeitsfonds ab, in diesem Falle zugunsten der Bekämpfung der Tuberkulose.

Eine Gemäledruckmaschine will nach dem »Vorwärts« der Moskauer Ingenieur Lebedenko erfunden haben, die nach einem Originalgemälde die Farben ebenso »setzen« soll, wie ein Schriftsetzer die Lettern nach einem Manuskript. Es lassen sich sodann nach seiner Angabe beliebig viel Abzüge machen. Die Maschine verfügt über 300 verschiedene Farbentöne.

Der Pflege der Fachwissenschaft und Fachtechnik widmen die Gewerkschaften steigendes Interesse. Nachdem mit Beginn dieses Jahres der Schneider-Verband und im Oktober der Bäcker-Verband mit der Herausgabe fachtechnischer Zeitschriften vorangegangen sind, kündigt jetzt auch der Textilarbeiter-Verband das Erscheinen einer solchen Zeitschrift an, die den Namen »Textil-Praxis« führen und jeweils am ersten Sonntag des Monats zur Ausgabe gelangen soll. Eine Probenummer wird für Dezember in Aussicht gestellt, so daß wohl mit Neujahr 1914 das Abonnement beginnen wird.

Kauft nicht am Sonntag! Bedenket, daß die Handelsangestellten in den Ladengeschäften gezwungen sind, alle Sonntage zu arbeiten, weil ein großer Teil der Arbeiterschaft immer noch seine Einkäufe des Sonntags erledigt. Tretet überall dafür ein, daß aus euren Kreisen niemand des Sonntags kauft. Verringert dadurch den Umsatz der Geschäfte am Sonntag derartig, daß diese der Forderung der Handelsangestellten nachgeben und Tausende von diesen ihren freien Sonntag erhalten. Also: **Kauft nicht am Sonntag!**

Gegen die Unsitten bei Weihnachtseinkäufen wenden sich zwei Flugblätter des Deutschen Käuferbundes. Während das Streben zu Weihnachten allgemein dahingeht, den andern Freude zu bereiten, verursacht das Geben und Schenken vielen Tausenden harte Plage, an denen die große Masse selbst schuld ist, weil sie sich keine Gedanken über die Folgen ihres Tuns macht. In den Geschäften, in denen Weihnachtsgeschenke eingekauft werden, drängt sich in den Wochen vor dem Fest eine Fülle von Arbeit zusammen, die für die beteiligten Kaufleute, Angestellten und ArbeiterInnen, zumelst HelmarbeiterInnen, immer beängstigender wird, je näher die eigentlichen Festtage kommen. Oft ist es der Helmarbeiterin nur unter Zuhilfenahme der Nächste möglich, die so spät bestellte Arbeit rechtzeitig zu liefern. Nur wenige Besteller denken daran, daß ihre Aufträge nur erfüllt werden können wenn die Arbeiterin, über die sie keine Näheres gebeugt oder die Nähmaschine tretend, die Nächste hindurch in anstrengender Hetze schaffen muß, daß sie bei dem endlosen Arbeiten bei Lampenlicht mit ihrem wertvollsten Besitz, ihren Augen, ihrer Nervenkraft Raubbau treibt. Und das alles nur, weil die Bestellung aus Gedankenlosigkeit oder Bequemlichkeit nicht vier Wochen früher aufgegeben wurde. Die Käufer können diesen Andrang und die damit verbundene Überlastung der Geschäftsleute und der HelmarbeiterInnen mildern, wenn sie ihre Weihnachtseinkäufe frühzeitig besorgen. Deshalb empfiehlt der Käuferbund für die Weihnachtseinkäufe als gute Käufersitte, Festgeschenke spätestens in der ersten Hälfte des Dezember zu besorgen, Bestellungen u. dergl. aber möglichst schon im November aufzugeben. Immer wird diesem Wunsche, so berechtigt er auch ist, nicht Rechnung getragen werden können, namentlich in den Arbeiterkreisen. Aber tatsächlich ist es oft gleichgültig, wenn mit dem Einkufen der Weihnachtsgeschenke bis unmittelbar vor dem Feste gewartet wird. Manchem armen Angestellten, mancher Helmarbeiterin könnte die Weihnachtstfreude erhöht werden, wenn man seine Einkäufe rechtzeitig besorgte. Deshalb wünschen wir den Anregungen des Käuferbundes den besten Erfolg.

Der Nahrungsmittelaufwand hat sich nach den Calverschen Indexziffern auch im Monat Oktober um 0,05 Mk. verbilligt, und zwar sank die Ziffer von 25,78 Mk. im September auf 25,73 Mk. im Oktober. Da sie im Oktober 1912 noch 26,26 betrug, bleibt sie also im Oktober des laufenden Jahres auch noch um 0,53 Mk. hinter der des gleichen

Monats des Vorjahres zurück. Im Vergleich mit dem Jahre 1911 stellen sich aber die Kosten für den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand immer noch merklich höher, und zwar ergab sich im Monat Oktober 1913 ein Plus von 0,85 Mk., da die Indexziffer im Oktober 1911 nur 24,88 Mk. betrug.

Die Deutsche Bank und das Koalitionsrecht. Die Berliner Bankangestellten mußten vor einigen Wochen in einer gut besuchten Versammlung zur Wahrung ihres Koalitionsrechtes Stellung nehmen. Den Anlaß zu dieser besonderen Aktion gab die Entlassung eines Angestellten der Deutschen Bank, der Forderungen seiner Kollegen bei der Direktion eingereicht und um Rücksprache mit einer Deputation der Angestellten ersucht hatte. Die Direktion der Deutschen Bank nahm dem Gesuch gegenüber einen ziemlich protzigen Standpunkt ein. Sie antwortete zunächst dem Beauftragten der Angestellten nicht und zeigte sich auch zu keiner Besprechung bereit. Der Angestellte selbst, der elf Jahre bei der Bank tätig war, wurde kurzerhand entlassen. Nach diesem koalitionsfeindlichen Verhalten der Deutschen Bank entstand für die Zentralverbände der Gewerkschaften die Frage, ob sie ihre Depositen bei dieser Bank belassen könnten. An der Berliner Börse wurde schon vor längerer Zeit das Gerücht verbreitet, daß unsere Zentralverbände, darunter einige große mit namhaften Kapitalanlagen, ihre Gelder bereits gekündigt hätten. Beauftragter anderer Banken bemüht sich bereits bei den Zentralvorständen, daß die Depositen bei ihren Banken hinterlegt würden. Auch wurde die Meldung verbreitet, daß die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften sich bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe. Diese Meldung war zunächst verfrüht. Der Generalkommission als oberste Instanz der Gewerkschaften erwuchs die Pflicht, als Hüterin des Koalitionsrechtes jeder Arbeiter- und Angestelltengruppe sich auf die Seite der Gemäßigten zu stellen und hier helfend oder vermittelnd einzugreifen. Sie trat deshalb mit der Direktion der Deutschen Bank in Beziehungen, um von dieser die Zusicherung zu erhalten, daß sie das Koalitionsrecht der Angestellten in jeder Form wahre. Wenn die Deutsche Bank ausreichende Garantien für das Koalitionsrecht der Angestellten nicht gibt, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die Geschäftsbeziehungen zwischen den Gewerkschaftsverbänden und ihr aufgehoben werden.

Generalversammlungen und Kongresse.

Bauarbeiter. Der Deutsche Bauarbeiterverband hielt vom 1. bis 3. Dezember in Hamburg einen außerordentlichen Verbandstag ab, der sich vornehmlich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschäftigte. Schon der erste ordentliche Verbandstag im Januar d. J., dessen Verhandlungen mit Rücksicht auf die Tarifbewegung abgebrochen und im Mai in Berlin fortgesetzt wurden, beschloß mit 301 gegen 97 Stimmen, die Arbeitslosenunterstützung im Verbandsverband einzuführen. Allerdings wurde die Vorlage des Verbandsvorstandes abgelehnt. Bei der Abstimmung in Berlin über die Vorlage der Statutenberurteilungskommission fehlten einige Stimmen an der erforderlichen Zweidrittelmajorität. Es kam aber zur Annahme folgenden Antrages: »Spricht sich ein Viertel der Zweigvereine, die mindestens die Hälfte der Mitglieder umfassen, für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus, so soll der Verbandsvorstand beauftragt sein, zur Erledigung dieser Frage einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen.« Nachdem sich die Verbandsmitglieder in den letzten Monaten in ihrer überwiegenden Mehrheit für die Erwerbslosenunterstützung ausgesprochen haben, war zu erwarten, daß der Bauarbeiter-Verband nunmehr in die Reihen derjenigen Organisationen eintrübt, die ihren Mitgliedern bei eintretender Arbeitslosigkeit helfend zur Seite stehen. Der außerordentliche Verbandstag hat denn die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit 221 gegen 47 Stimmen beschlossen. Sie tritt bereits am 1. Januar 1914 in Kraft.

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 8. Dezember 1913.

Zum Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen: Arbeiter und Versicherte schützen eure Krankenkassen! Stellungnahme der Regierung, Grundsätze für die Ausführung des § 310 RVO, Haltung der preußischen Regierung. — Gesellschaft für soziale Reform: 6. Hauptversammlung, Stellungnahme zum Arbeitswillensgesetz.

Der Streit zwischen den Ärzten und Krankenkassen, über dessen Entwicklung wir zuletzt in der vorigen sozialen Monatsschau in Nr. 46 berichteten, spitzt sich immer mehr zu. Er hat die fünf großen Krankenkassenverbände zu einem neuen Aufruf an die Arbeiter und Versicherten, ihre Krankenkassen zu schützen, veranlaßt. Da dieser Aufruf die Situation trefflich beleuchtet, sei er in seinen wichtigsten Stellen hier wiedergegeben:

»Der Leipziger Arztverband hat den seit Jahren angeordneten Generalstreik über die Krankenkassen verhängt. Auf seine Anordnung weigern sich die Ärzte, über den 1. Januar nächsten Jahres hinaus neue Verträge mit den Krankenkassen zu schließen; es wird daher, soweit nicht Verträge bestehen, ein vertragsloser Zustand bei den Kassen eintreten. Damit müssen die Kassen von der Verpflichtung befreit werden, den kranken Versicherten die Hilfe von Ärzten zur Verfügung zu stellen. Die Kassen werden dafür eine bare Leistung geben und es den

Versicherten überlassen müssen, selbst für eine geeignete Behandlung zu sorgen. Die Ärzte sollen die Kranken Versicherten nur gegen Vorauszahlung des Honorars oder gegen Leistung eines größeren Barvorschlusses behandeln. Dadurch könnten die Krankenkassen in die schwierigste Lage gebracht werden, wenn die Versicherten nicht die zur Abwehr dieses Schlags erforderlichen, noch bekannt zu gebenden Maßnahmen der Krankenkassen unbedingt befolgen. . . Die Ärzte wollen für die Kasse nur tätig sein, wenn es ihnen paßt, und nur zu den von ihnen einseitig aufgestellten Bedingungen. Sie verlangen, daß grundsätzlich jeder Arzt, der es wünscht, zur Kassenpraxis zugelassen werden muß. Alle Verträge sollen zu dem gleichen Zeitpunkt ablaufen. Die Honorare sollen nach der Höhe des Arbeitseinkommens der Versicherten abgestuft werden. Die Ärzteorganisationen wollen für die ärztliche Versorgung der Versicherten, durch die 95 v. H. der Ausgaben der Kassen hervorgerufen werden, allein entscheidend sein, während nach dem Gesetz für die Kassenausgaben wie für die gesamte Kassengebarung der Kassenvorstand verantwortlich ist. Die Ärzte und ihre Organisationen lehnen eine Nachprüfung der durch sie bestimmten Ausgaben durch die Kassenglieder ab und wollen allein darüber befinden. Bei freier Arztwahl ist den Versicherten keineswegs der »Arzt des Vertrauens« gewährleistet. Viele Ärzte denken gar nicht daran, Kassenpraxis zu treiben. Die Versicherten sollen nach den Forderungen der Ärzteorganisationen angewiesen werden, den nächstwohnenden Arzt in Anspruch zu nehmen. In großen und mittleren Städten ist kein Arzt verpflichtet, die Hausbehandlung eines Versicherten zu übernehmen, der über zwei Kilometer entfernt wohnt, wenn mehr als ein dienstverpflichteter Arzt näher wohnt. Tut der Arzt dies doch, so soll der Versicherte die erheblichen Mehrkosten tragen. Bei unterschiedlicher Bezahlung der ärztlichen Behandlung der Versicherten würde, abgesehen von den großen praktischen Schwierigkeiten, sofort der Vorwurf erhoben werden, daß die Versicherten, für die mehr bezahlt wird, besser behandelt werden. Es würde dadurch ein Keil in die auf dem Grundsatz der Solidarität aufgebaute Krankenversicherung getrieben werden. . . Die Krankenkassen sind bereit, angemessene Honorare zu zahlen und die Ärzte frei und unabhängig zu stellen, auch eine in jeder Beziehung ausreichende Zahl von Ärzten zuzulassen. Wo Kassen und Ärzte einig sind, möge auch die freie Arztwahl eingeführt werden. . . Die Krankenkassen können die Hauptforderungen des Leipziger Ärzteverbandes nicht anerkennen; dies hieße die Krankenkassen den Ärzten ausliefern und aus der Krankenversicherung eine Ärzteversicherung machen. Dafür kann kein Kassenvorstand die Verantwortung übernehmen. Dingt der Leipziger Ärzteverband mit seinen Forderungen durch, so sinken die Kassen im wesentlichen zu bloßen Stellen für die Beitragserhebung und die Krankengeldzahlung herab. Die Arbeiter, Versicherten und ihre Arbeitgeber haben dann fast ausschließlich die Aufgabe, die durch die Ärzte bestimmten Ausgaben durch überaus hohe Beiträge zu decken. Die den Versicherten mit den Arbeitgebern im Gesetz gewährte Selbstverwaltung würde zum Hohn. Die Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes bedingen an sich, wie auch durch ihre schlimmen Folgen und Begleiterscheinungen nicht nur erhebliche Erhöhungen der Beiträge, sondern auch eine Herabsetzung der Leistungen. Allein um die gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen zu decken, müßte dann der höchste zulässige Beitragssatz erhoben werden. Ein Ausbau der Krankenversicherung wäre unmöglich gemacht und die ganze öffentliche Krankenversicherung in Gefahr gebracht. Das Gemeinwohl würde auf das äußerste geschädigt! Arbeiter und Versicherte, die Pflicht gebietet auch, in dem bevorstehenden Arztstreik den für eure Interessen kämpfenden Krankenkassen rückhaltlos zu vertrauen und sie nachdrücklich zu unterstützen.

Inzwischen hat auch die Regierung zu dem Streit Stellung genommen, besonders zu den von zahlreichen Kassen zu erwartenden Anträgen, sie nach § 370 RVO. zu ermächtigen, statt der Krankenpflege oder sonst erforderlichen ärztlichen Behandlung eine Barleistung zu gewähren. Über die bei der Ausführung des § 370 zu beachtenden Grundsätze hat eine Beratung von Vertretern der Bundesregierungen unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern Vereinbarungen beschlossen, die wir in ihren wesentlichen Teilen hier wiedergeben:

I. Voraussetzung für den Ersatz der Naturalleistungen der Kasse an Krankenfürsorge durch ein erhöhtes Krankengeld ist eine ernstliche Gefährdung der ärztlichen Versorgung dadurch, daß die Kasse keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten schließen kann. Daher kann der Kasse die Ermächtigung aus § 370 nur erteilt werden, wenn die Gefährdung der ärztlichen Versorgung im Verhalten der Ärzte ihren Grund hat. Liegt der Grund in dem Verhalten der Kasse, so ist die Ermächtigung zu versagen. Dabei ist grundsätzlich daran festzuhalten, daß § 370 nicht dazu bestimmt ist, in den Streit zwischen Ärzten und Kassen über das Arztsystem zugunsten der einen oder anderen Partei einzugreifen, sondern die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder für die Dauer eines vertraglosen Zustandes sicherzustellen.

II. Das Oberversicherungsamt darf nicht von Amts wegen, sondern nur auf Antrag der Kasse eingreifen. Bei Regelung der Angelegenheit wird nach den bisherigen Erfahrungen eine Vermittlung der Versicherungsämter in mandten Fällen zweckmäßig sein.

III. Die auf Grund der Ermächtigung gewährte Barleistung bietet den Ersatz für die Krankenpflege, die nach § 182 Nr. 1 RVO. ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei sowie Brillen, Bruchbändern und kleineren Heilmitteln umfaßt und für die sonst erforderliche ärztliche Behandlung (ärztliche Geburtshilfe, ärztliche Schwangerenhilfe, ärztliche Hilfe an die Familienangehörigen, soweit sie satzungsmäßig zu gewähren sind). Den Krankenkassen bleibt im Bedarfsfalle zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben der Weg offen, durch ihre Satzungen etwaige Mehrleistungen, insbesondere die Familienhilfe, abzuschaffen oder einzuschränken oder die Beiträge zu erhöhen.

IV. Die Höhe der Barleistung geht bis zu ^{2/3} des Durchschnittsbetrages des gesetzlichen Krankengeldes der Kasse. Das gesetzliche Krankengeld beträgt die Hälfte des Grundlohnes (§ 182 Nr. 2 RVO) . . . Grundsätzlich soll die Barleistung den tatsächlich von dem Versicherten für Heilbehandlung und Heilmittel gezahlten oder zu zahlenden Betrag nicht übersteigen. Es bleibt den Kassen überlassen, wie sie sich die Überzeugung davon verschaffen, welchen Betrag der Versicherte tatsächlich aufgewendet hat.

V. Das Oberversicherungsamt kann die Ermächtigung auch auf Teile des Bezirks einer Kasse beschränken, falls die Kasse für die übrigen Teile ihres Bezirks mit den Ärzten einig geworden sind.

VI. Der Kasse bleibt überlassen, wie weit sie Krankenpflege usw. in natura gewähren will. Ein Rechtsanspruch auf die Barleistung besteht nur, soweit die Kasse keine Krankenpflege usw. gewährt.

VII. Soweit die Kasse nicht durch eigene Ärzte oder Errichtung einer Art Poliklinik die erforderlichen Bescheinigungen erhält, können Bescheinigungen von Kassenkontrolleuren, Gemeinde- und Gutsvorstehern, Arbeitgebern, Hebammen, Schwestern oder anderen Personen von hinreichender Zuverlässigkeit und Sachkunde, endlich Augenschein des Kassenvorstandes in Frage kommen. Schließlich bleibt bei Streit Vernehmung des Arztes als Zeugen oder Sachverständigen vor Versicherungsamt oder Gericht.

Zu dieser Vereinbarung bemerken die drei preußischen Minister u. a. noch, daß die Krankenkassen nicht durch Versagen der Ermächtigung nach § 370 zur Annahme eines bestimmten Arztsystems genötigt werden dürfen. Wenn die Ärzte den Abschluß individueller Verträge verweigern, sei hierdurch die Voraussetzung der Anwendung des § 370 ohne weiteres erfüllt. Die Regierung scheint also die Absicht zu haben, sich in dem Kampfe zwischen Ärzten und Kassen neutral zu verhalten.

Die Gesellschaft für soziale Reform hielt am 21 und 22. November unter zahlreicher Beteiligung in Düsseldorf ihre 6. Hauptversammlung ab. Sie wies eine recht verschiedenartige Zusammensetzung auf. Es waren Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, von Kommunalverwaltungen und Handels- und Handwerkskammern, ferner bekannte Nationalökonom und Juristen sowie Parlamentarier verschiedener Richtung anwesend. Daneben waren Vertreter von Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften erschienen. Die christlichen und Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften sind der Gesellschaft für soziale Reform angeschlossen, zum ersten Male nahmen aber auch einige Vertreter der freien Gewerkschaften an den Verhandlungen teil. Als solche waren erschienen Robert Schmidt von der Generalkommission, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Leipzig und August Winnig vom Bauarbeiterverband. Alle drei beteiligten sich an der Diskussion und ihre Reden fanden sehr starke Beachtung.

Den ersten Vortrag über »Rechtsfragen des Arbeitsvertrages und ihre gesetzliche Lösung« hielt Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M. Es folgten weitere Vorträge des Professors Zimmermann über »Neue Formen des gewerblichen Einigungswesens« und des Freiherrn v. Berlepsch über das »Reichseinigungsamt«. Allen Vorträgen folgte eine lebhafte und zum Teil sehr interessante Aussprache. Beschlüsse wurden, was bei der Zusammensetzung der Versammlung natürlich ist, nicht gefaßt.

Bemerkenswert ist die Stellungnahme des Ausschusses der Gesellschaft für soziale Reform zu der Frage des Arbeitswilligenschutzes. Er nahm einstimmig folgende Resolution an: »Mit Rücksicht auf die gegenwärtig immer lauter werdenden Forderungen nach Verstärkung des sogenannten Arbeitswilligenschutzes erklärt der Ausschuss für soziale Reform: er erwartet von der Reichsregierung und von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie allen Versuchen einer neuen verschärfen Gesetzgebung auf diesem Gebiete entschieden entgegen-treten. Die Gesellschaft für soziale Reform verwirft selbstverständlich nach wie vor jede Anwendung von Gewalt bei Arbeitskämpfen; aber sie betont mit allem Nachdruck, daß die bestehenden Gesetze völlig ausreichen, um Vergehen dieser Art wirksam zu sühnen. Neue Polizeigesetze können nur erbitternd wirken und die gesunde, für die soziale Verständigung unbedingt notwendige Entfaltung des gewerblichen Organisationslebens beeinträchtigen.«

Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit.

II.
Wenn Menschen schweigen, so werden die Steine reden, heißt es in der Bibel, und wenn sich niemand um die Arbeiter und die Arbeiterinnen kümmert, so müssen sie sich selbst um sich kümmern, heißt es im Arbeiterkatechismus. Und in der Tat hat sich das Proletariat in seinen aufklärten Schichten schon seit Jahrzehnten dagegen empört, daß man seinen wirtschaftlichen und menschlichen Wert mit Füßen tritt, daß man es zu einem bloßen Ausbeutungsbjekt erniedrigt hat. Wir wissen wohl, daß unsere Arbeitskraft ausgenutzt werden muß, aber wir wollen nicht, daß sie ausgebeutet werden darf; wir sind damit einverstanden, daß der Unternehmer unsere Arbeitskraft gebraucht, aber wir wehren uns dagegen, daß er sie mißbraucht. Zwischen Gebraucht und Mißbraucht ist ein himmelweiter Unterschied und ebensowenig wie ein vernünftiger Unternehmer seine Werkzeuge und seine Tiere mißbraucht, ebensowenig soll ihm auch das Recht zustehen, seine Arbeiter und Arbeiterinnen zu mißbrauchen. Menschenschutz und Menschenschonung ist also die große Forderung der zum Selbstbewußtsein erweckten Arbeiterklasse.

Diese Forderung stellen wir zunächst aus wirtschaftlichen Gründen, weil wir nicht wollen, daß der in jedem Menschen stiekende wirtschaftliche Wert durch eine rücksichtslose Ausbeutung vorzeitig zugrunde gerichtet wird. Glücklicherweise macht sich in dieser Beziehung in den weitesten Kreisen ein langsamer Umschwung bemerkbar. Das neue Wissen der Gegenwart erzeugt auch ein neues Gewissen und dieses neue soziale Gewissen empört sich dagegen, daß mit der Menschenkraft und dem Menschenwert Raubbau getrieben wird. Allmählich dämmert die Einsicht auf, daß auch der arbeitende Mensch in sich einen großen Fonds von Kapital birgt, das geschont werden muß, daß er ein großes Wertobjekt ist, das nicht leichtsinnig vergeudet werden darf. Darum ist es schon ein großer Verstoß gegen das Prinzip der Wirtschaftlichkeit, die lebendige Menschenkraft schlechter zu behandeln als die Arbeitskraft eines Tieres und den Menschen geringer zu achten als eine Maschine. Der Raubbau an Menschenkraft und Menschengesundheit ist nicht nur ein Fehler, sondern auch ein Verbrechen.

Nun betrachte man nur, wie der moderne Kapitalismus, wenn ihm die Raubtierkralen nicht beschneidet sind, mit dem Proletariat umspringt. Die rücksichtslose Ausbeutung der Kinder schreit geradezu zum Himmel, Millionen unentwickelter Menschenknospen werden gepflückt, ehe sie erblüht sind, und es läßt sich kaum ausdenken, wie unermesslicher Schaden dadurch angerichtet worden ist, daß Kinder und junge Leute vorzeitig ins Arbeit-joch gespannt werden. Es ist ein trauriges Kapitel in der Geschichte des modernen Kapitalismus, das uns die Greuel der Kinderarbeit schildert, und unser Herz empört sich, wenn wir sehen, mit welcher Herzlosigkeit das Kapital des Profits wegen die Gesundheit und das Lebensglück der heranwachsenden Generationen vernichtet. Nicht minder auch treibt es uns die Zornesröte ins Gesicht, wenn wir die Auswüchse der gewerblichen Frauenarbeit beobachten. Wie das Kapital gegen die zukünftigen Mütter unseres Volkes, gegen die schwangeren Frauen und die Familienmütter vorgeht, ist ja zu bekannt, als daß man noch ein Wort darüber zu verlieren braucht. Und dann denke man an die lange Arbeitszeit und die intensive Arbeitsweise, unter der die erwachsenen Männer seufzen, an die niedrigen Arbeitslöhne, die keine angemessene Ernährung zulassen, an die erbärmlichen Wohnungen, die kein Behagen aufkommen lassen, an die ungesunden Arbeitsstätten, die so schreckliche Verheerungen anrichten, und man wird die kapitalistische Ausbeutung in ihrer ganzen Abscheulichkeit erkennen. Darum ist es schon aus Sparsamkeitsrücksichten notwendig, daß der sinnlosen Verschwendung von Menschenwert baldmöglichst und gründlich ein Ende gemacht wird.

Zu den wirtschaftlichen Gründen kommen noch soziale hinzu. Die modernen Arbeiter sind zum Bewußtsein ihres Wertes und ihrer Menschenwürde erwacht, sie sind Kulturmenschen geworden und haben die politische Freiheit und Gleichberechtigung erlangt. Darum empfinden sie die Rücksichtslosigkeit, mit der sie ausgebeutet werden, als ein ihnen angetanes Unrecht und als eine Beleidigung, und darum regt sich in ihnen der starke Wille, der Verklärung ein Ziel zu setzen. Sie empören sich jagen, daß man sie körperlich und geistig zugrunde richtet, während man ihnen von Freiheit und Menschenrecht erzählt. Mit dieser Stimmung in den Kreisen des klassenbewußten Proletariats muß das Unternehmertum rechnen und hieraus erklärt es sich, daß der soziale Gedanke auch in bürgerlichen Kreisen immer mehr an Boden gewinnt. Man fürchtet die steigende Empörung der Arbeitermassen, die in dem Anwachsen der Organisationen ihren stärksten Ausdruck findet, und man will deshalb durch eine Milderung des Ausbeutungssystems vorbeugen. Die moderne kapitalistische Gesellschaft wird arbeiterfreundlich und der Staat betrachtet die Arbeiterfürsorge als eine sozialmoralische Pflicht. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß wirtschaftliche und soziale Veränderungen auch eine Umwandlung der sozialen Moral im Gefolge haben. Einsicht in die wirtschaftlichen Nachteile eines Raubbaues an

Menschenkraft erzeugt ein gewisses Verantwortlichkeitsgefühl in den Kreisen der Oberschichten und schärft ihnen das soziale Gewissen. Es macht sich eine ähnliche Umwälzung in bezug auf die soziale Wertung der Arbeiterschaft bemerkbar, wie wir sie vor hundert Jahren in bezug auf das Bürgertum beobachteten. Einstmals waren die Bürger des Staates wegen da und wurden nur darnach gewertet, ob viel oder wenig aus ihnen herauszuholen war; aber als ihre wirtschaftliche Macht wuchs, räumte ihnen der Staat, wenn auch widerwillig, größeren Einfluß ein. Jetzt gilt der Grundsatz, daß der Staat der Bürger wegen da ist und daß die Bürger mitbestimmen haben, wie Steuern aufgebracht und wie sie verwendet werden sollen. Es wird auf die Steuerkraft der verschiedenen Volksschichten Rücksicht genommen und es gilt — wenigstens in der Theorie — der Grundsatz, daß die Abgaben auf die tragfähigsten Schultern gelegt werden sollen in derselben Weise hat auch die steigende Macht des Proletariats eine Umwandlung im sozialen Gedankenkreis des Bürgertums und der Behörden erzeugt. Heute ringt sich immer mehr der Grundsatz durch, daß die Menschen nicht mehr der Wirtschaft wegen da sind, sondern daß umgekehrt die Wirtschaft der Menschen wegen da ist. Die Parole lautet: »Erst Mensch und dann Arbeiter, erst Mensch und dann Wirtschaft!« und die Folge davon ist, daß das Prinzip der Wirtschaftlichkeit von den Tieren und Sachen auf die Menschen ausgedehnt und zu einer sozialethischen Forderung erhoben wird.

Der Gedanke, daß der Mensch nicht mehr Wirtschaftssubjekt bleiben, sondern Wirtschaftssubjekt werden soll, dieser revolutionärste Gedanke der Gegenwart, findet seinen Ausdruck in der Sozialpolitik, die das Interesse der Menschen gegenüber dem Interesse des ausbeuterischen Kapitals vertreten soll. Trotz des heftigen, erbitterten Widerstandes des Ausbeuteriums gegen den Arbeiterschutz, das darin eine Schmälerung seines Profits und eine Beschränkung seiner Raubtierfreiheit erblickt, setzt sich mit unaußhaltigem Wut der Gedanke durch, daß eine großzügige Sozialpolitik nicht nur eine Forderung der Menschlichkeit, sondern auch die Vorbedingung einer gedeihlichen Volkswirtschaft ist. Wer heute noch nicht erkannt hat, daß es eine Unmenschlichkeit ist und daß das Wirtschaftsleben unersetzbaren Schaden leidet, wenn tagaus tagein mit der menschlichen Arbeitskraft Schindluder getrieben wird, der ist mit Blindheit geschlagen. Das denkende Proletariat will es nicht mehr dulden, daß man seine Arbeitskraft und sein Menschtum mit Füßen tritt, und darum begrüßt es freudig die Worte des Erwählten des großen amerikanischen Volkes, die da die Forderung verkünden, daß die ideellen Werte des Menschen höher zu veranschlagen sind als die materiellen Vorteile. Und wir werden diese Wahrheit ununterbrochen und mit lauter Stimme in die Welt hinausprechen, daß den Ausbeutern und Scharfmachern die Ohren klingen. *Brutus.*

Gewerkschaftliche Verfassungsfragen.

Die erste Veranstaltung des vor kurzem gegründeten Graphischen Kartells in Stuttgart war eine Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Eduard Bernstein über gewerkschaftliche Verfassungsfragen sprach. Die Interessanten und von großer Sachkenntnis durchdrungenen Ausführungen des Redners verdienen, einem weiteren Kreise zugänglich gemacht zu werden. Nachdem der Redner den Begriff Verfassung definiert hatte, führte er aus:

In der Geschichte treten uns die Gewerkschaften zuerst in England im 18. Jahrhundert entgegen als örtliche Verbindungen, als lokale Vereine von Angehörigen eines bestimmten Berufes, später finden wir gleichartige Verbindungen unter verschiedenen Namen auch in Frankreich und noch etwas später bei uns in Deutschland als Lokal- oder Gewerksvereine. In den 70er Jahren nennen sich die örtlichen Organisationen vielfach Streikvereine, später Fachvereine. Sie existieren in ihrer ersten Zeit in ziemlich loser Form, vielfach stellen sie sich einfach als reine Widerstandskassen oder als Unterstützungskassen, allerdings nur mit geringen Unterstützungen, dar. Für diese Zeit hatten diese losen Verbindungen gewisse Vorteile: Beweglichkeit, Freiheit der Initiative, nach Gunst des Augenblicks Streiks anzusetzen, und die Vermeldung bürokratischer Einrichtungen. Alle Entscheidungen des Vereins mußten in der Versammlung getroffen werden. So scheint die Organisationsform die vollendete Demokratie darzustellen, aber mit der Fortentwicklung und Ausdehnung erwies sie sich als unzulänglich. Der Lokalverein hat nur wirkliches Leben in größeren Orten, die kleinen Orte, wo die Bewegung fehlt, bleiben die ewige Quelle von Streikbrechern. Eine Erziehung ist auf dieser Stufe in größeren Orten nur schwer, in kleinen überhaupt nicht möglich. Es ist sehr schwer, eine einheitliche Aktion über das ganze Land ins Leben zu setzen. Da die stetige Verbindung fehlt, treten leicht Reibungen ein. Die Mittel zum Kampf sind gering und die erzielten Erfolge darum außerordentlich unbeständig. Der Lokalverein bleibt von der Konjunktur und Fluktuation ebenso unabhängig wie der einzelne Arbeiter.

Deshalb tritt auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung die Tendenz ein, die Verbindung über die Grenzen des Lokalvereins hinaus etwas fester

zu gestalten. In England hat man zunächst gegenseitige Verträge abgeschlossen, besonders zur Regelung von Reiseunterstützungen. So entstanden die Föderationen erst auf provinzieller, dann auf nationaler Grundlage. Die Föderation ist ein Bund von Lokalvereinen, die sich eine Zentralinstanz geben, der sie bestimmte Aufgaben übertragen, bei der aber zuletzt doch der Lokalverein souverän ist. Diese Organisationsform hat gegenüber dem Lokalverein immerhin mancherlei Vorteile. Es können größere Mittel aufgebracht werden, eine raschere Information ist möglich, die Aktionen können auf breiterer Grundlage durchgeführt, die kleineren Orte besser in die Bewegung hineingezogen werden, daneben ist ein besseres Unterstützungswesen möglich. Aber es sind auch große Mängel zu verzeichnen. Die Föderation wird auf die Dauer mit dem Wachstum der Organisationen ein außerordentlich schwerfälliger Organismus. Die örtlichen Interessen treten auch hier noch leicht in Gegensatz zum Interesse der Allgemeinheit, der Zentralinstanz sind die Hände gebunden und stehen gewöhnlich auch nur geringe Geldmittel zur Verfügung, wodurch eine großzügige Politik außerordentlich erschwert wird. Das Stehenbleiben der englischen Gewerkschaften in Zahl und Leistung erklärt sich aus den Engherzigkeiten der Föderativverfassung. Man glaubte den bürokratischen Geist zu hindern und hat ihm im Gegenteil Tür und Tor geöffnet.

Die modernen Formen des Wirtschaftslebens, insbesondere die erstarkende Organisation des Unternehmertums und die Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen, haben eine andere Form der Gewerkschaftsorganisationen notwendig gemacht: den Zentralverband. Verfassungsrechtlich genommen, ist die Gewerkschaft als Zentralverband der Einzelkörper, die Gesamtheit als Einheit betrachtet, die sich durch ihr Statut eine Verfassung gibt, die den einzelnen Gliedern der Verwaltung ihre Aufgaben zuweist. Die Zentralverbände sind in Bezirke oder Ortsvereine gegliedert, denen in den Statuten Rechte eingeräumt und gewisse, bestimmt abgegrenzte Entscheidungen vorbehalten sind. Aber das Schwergewicht liegt in der Gesamtorganisation; alle wichtigen Fragen unterstehen ausschließlich ihrer Beschlussfassung und Entscheidung. Die Vorteile dieser Organisationsform sind leicht einzusehen. In ihr ist die größtmögliche Einheitlichkeit der Funktionen gegeben. Es können größere Mittel aufgebracht und die Aktionen auf breiterer Grundlage durchgeführt werden, weil eingehendste Information der Zentrale möglich ist. Natürlich hat aber auch diese Organisationsform ihre Gefahren.

Die Verwaltung macht eine ständige Beamtenstaffel notwendig, die ja schon von der Föderation nicht ganz entbehrt werden kann. Man hat sich lange genug dagegen gestraubt, aber schließlich war die Erledigung der Geschäfte im Nebenamt zur Unmöglichkeit geworden. Jede ständige Beamtenstaffel trägt die Gefahr in sich, daß sich ein bürokratischer Geist einschleicht, der die Initiative lähmt. Daher wäre ein absoluter Zentralismus oder ein zentralistischer Absolutismus eine sehr bedenkliche Verfassung für die Gewerkschaften. Absolut starres System nach einer Formel ist unmöglich von Vorteil. Man kann die Frage aufwerfen und hat sie aufgeworfen: Ist es noch demokratisch, wenn den Zentralinstanzen so viele Macht in die Hand gegeben wird, wie es in den Zentralverbänden der Fall ist? Da müssen wir uns über den Begriff Demokratie klar werden. Demokratie bedeutet Selbstregierung. Aber die Demokratie ist eben keine so einfache Sache bei großen Organisationen. Sie kann nur Wahrheit werden, wenn sie den Zwecken des Gemeinwesens angepaßt ist. Eine gewisse Übertragung von Funktionen findet ja schon bei den einfachsten Organisationsformen statt. Die Selbstregierung aller Elemente wäre ein Chaos, das selbst die Anarchisten nicht wollen. Die Übertragung einzelner Funktionen ist also eine Notwendigkeit. Wir haben drei Formen von Vollmachten: 1. die Urabstimmung, es stimmen zwar alle ab, aber die Mehrheit entscheidet; 2. das gebundene Mandat, wo der Delegierte nur der Mandatgeber seiner Auftraggeber ist, und 3. das offene Mandat, wo der Delegierte der Vertreter ist, der nach eigener Überzeugung abstimmen darf. Bei der Urabstimmung, die auf verschiedene Arten erfolgen kann, scheint die reinste Demokratie zum Ausdruck zu kommen. Nun steht aber die Sache so, daß in großen Organisationen schon aus technischen Gründen die Abstimmung in der Generalversammlung nicht allen Mitgliedern möglich ist. Es kann also nur in einzelnen Gruppen oder Abteilungen abgestimmt werden. Die Abstimmung in Gruppen hat aber den großen Nachteil, daß nicht alle Gruppen gleichmäßig informiert sind, daß Gefühlsregungen und örtliche Einflüsse daher eine größere Rolle spielen, als sie sollten, so daß das allgemeine Interesse zurücktritt oder doch nicht richtig zum Ausdruck kommen kann; oft wird eine Entscheidung getroffen, ohne daß eine genügende Debatte vorausgegangen ist. Deshalb ist die Gruppenabstimmung überall da, wo über folgen-schwere Fragen abgestimmt wird, unangebracht. Die Abstimmung mittels versendeter Zettel hat dieselben, ja noch größere Nachteile. Es stimmen Leute ab, die gar nicht an den Erörterungen teilgenommen haben — sehr wichtige und verhängnisvolle Entscheidungen fallen unter Umständen durch eine anonyme, eine indifferente Masse. Will

man vor oder in einem Kampf schädliche Beschlüsse vermelden, so muß man die Abstimmlenden genau über die in Betracht kommenden Momente unterrichten, und das heißt bei diesen Abstimmungen die Karten vor aller Welt aufdecken. Dadurch würde in den meisten Fällen die eigene Position ungeheuer gefährdet und die des Gegners gestärkt. Die Urabstimmung ist also bei Kampforganisationen, wie die Gewerkschaften sie darstellen, außerordentlich bedenklich, sie kann nur dann angewandt werden, wo es sich um ganz klare Fragen handelt, bei denen der Zufall keine Gefahren bringen kann. Das zeigt, daß die überlebende Demokratie nicht ideal ist.

Das gebundene Mandat hat die Fehler der Urabstimmung, ohne ihre guten Seiten. Es bindet den Delegierten gegen jede Belehrung und gegen seine bessere Überzeugung. Bleibt noch das offene Mandat, durch das der Delegierte das Recht hat, die zur Erörterung stehenden Fragen nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, wo also der Mandatsinhaber das Vertrauen seiner Wähler in vollem Maße besitzt. Das soll auch so sein. Eine Organisation, in der es nicht möglich wäre, wäre nicht wert, zu existieren. Das Verfassungsleben soll das Gefühl der Verantwortung anziehen, und das Verantwortlichkeitsgefühl wird die Delegierten leiten, wenn ihnen Vertrauen entgegengebracht wird.

Was von dem Delegierten gilt, gilt auch von denjenigen, die man in leitende Stellen wählt. Hier haben wir zu unterscheiden zwischen Beamten in der Stellung von Führern und den zur einfachen Bureauarbeit berufenen Angestellten, den eigentlichen Beamten. Da muß man sich klar werden, welche Aufgaben dem Führer und welche dem Beamten zugewiesen werden sollen. Die Einschränkung der Rechte der Führer hat die Bureaukratie nicht aufgehoben, sondern verstärkt. Sie hat den Führern die Verantwortung gemindert, aber ihnen dafür die Initiative, den schöpferischen Geist genommen. Die deutschen Gewerkschaften stehen an der Spitze der ganzen Gewerkschaftsbewegung, weil sie ihren Führern mehr Recht geben. Das größere Recht bringt das Gefühl der Verantwortlichkeit, das Gefühl der Initiative und der Tatkraft. Der Angestellte muß sich an den Buchstaben halten und danach handeln; der Führer soll sich an den Geist des Ganzen halten und nach ihm handeln, wenn er seines Postens wert sein soll. Der Angestellte handelt nach der Formel, der Führer auf Grund freier Entscheidung, natürlich im Rahmen der ihm zugewiesenen Rechte. Der Angestellte soll handeln nach seiner Instruktion, der Führer soll auf das Resultat sehen, das erzielt werden soll, und danach soll er seine Maßnahmen treffen. Das ist das große Wort bei allen Verfassungsfragen der Gewerkschaftsbewegung: Wir müssen unterscheiden zwischen formalistischer und funktioneller Demokratie.

Heute wird immer die Anschauung vertreten, daß ein gewisser Stillstand oder eine Verlangsamung im Fortgang der Errungenschaften der Gewerkschaften zurückzuführen sei auf die Zentralisation, auf nicht energisches Zufassen der großen Verbände. Es wird gesagt, früher wo die Organisation noch eine lose war, habe man viel mehr erreicht, heute werde nur immer verhandelt. Das ist ja wohl, rein äußerlich betrachtet, richtig. Aber wer das sagt, hat nicht in Betracht gezogen, wieviel stärker organisiert heute das Unternehmertum den Arbeitern gegenübersteht. Wenn einmal eine gewisse Position erreicht ist, so sind von selbst weitere Erfolge schwieriger zu erzielen. Als die Arbeitszeit z. B. von 12 auf 11 und dann auf 10 Stunden herabgedrückt werden sollte, bot das keine unüberwindliche Schwierigkeit; auch ging es noch verhältnismäßig leicht an, die neunstündige Arbeitszeit durchzusetzen. Ganz anderen Schwierigkeiten aber begegnen wir, wenn wir die Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden und noch weiter reduzieren wollen. In Lohnfragen verhält es sich ähnlich. Das Wirtschaftsleben hängt nicht nur vom Willen des Einzelnen ab, es wird von großen Gesetzen diktiert, die sich nicht ungestraft verkennen lassen. Auch ist es grundfalsch, den Wert der Gewerkschaften nach der Aufbesserung der Geldlöhne abzuschätzen, denn da gibt es keine endlose Schraube. Eine große Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Arbeiter vor dem ungünstigen Einfluß in der Konjunktur zu schützen. Wo die Lohnlinie im Zickzack geht, findet keine Hebung der Arbeiterschaft statt. Was einmal erreicht ist, das soll bleiben, und sei es die großen Organisationen haben, ist das auch der Fall, zwar nicht absolut, aber doch schon in einem sehr hohen Grade. Wenn auch die Arbeitsgelegenheit fliehe, so sind im großen und ganzen doch die Löhne die gleichen geblieben. Und das war früher nicht der Fall.

Die Gewerkschaft ist ein demokratischer Körper. Die Demokratie ist aber keine formalistische, sondern eine funktionelle. Die Demokratie ist kein Schema, sondern ein leitendes Prinzip. Auf ihren Geist, ihre Zwecke und Bedürfnisse kommt es an. Der einzelne muß einen Teil seiner Freiheit abtreten, um größere Freiheit für das Ganze, für die Allgemeinheit zu erreichen. Wenn unsere Gegner vom Zwang in den Gewerkschaften sprechen, so wollen wir das nicht leugnen. Aber durch diesen Zwang erweitert die Gewerkschaft ihren Mitgliedern die Freiheit vor ökonomischem Druck, der außerhalb der Gewerkschaften liegt.

Dr. (Korrespondenzblatt.)



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Schattenseiten der technischen Entwicklung.

II.

Der Versuch, den Arbeitern die Schuld an der Mehrzahl der Unfälle zuzuschreiben, wirkt geradezu erheiternd, wenn man auf der andern Seite sehen muß, welche riesige Zahl von Unfallquellen in unsern Betrieben festgestellt werden müssen. Da muß man es der Berufsgenossenschaft hoch anrechnen, daß sie in der eingehendsten Weise und schonungslos die Mängel aufdeckt. Gewiß liegt hierin auch ein Teil Inkonsequenz: Sie legt den Finger auf die Wunde, aber sie tut nichts, um diese selbst zu heilen. Die Berufsgenossenschaft macht einen Unterschied zwischen den von ihren technischen Aufsichtsbeamten für notwendig gehaltenen Anordnungen und den bei den Betriebsbesichtigungen festgestellten Mängeln, deren Beseitigung den Unternehmern anempfohlen wird. Wie wenig natürlich die Unternehmer diese Empfehlungen beachten, das zeigt am besten die Tatsache, daß nahezu alle Betriebe, die zum wiederholten Male besichtigt worden sind, bei der wiederholten Besichtigung mehr Mängel aufweisen als vordem. Im Vorjahre z. B. wurden 174 Betriebe wiederholt besichtigt. Bei der vorhergehenden Besichtigung wurden in diesen 1600 Mängel festgestellt, bei der Wiederbesichtigung aber 2567! Ganze 4 Betriebe, die bei der Vorbesichtigung 26 Mängel zeigten, hatten diese bis zur erneuten Besichtigung beseitigt. 40 Betriebe, in denen vorher 429 Mängel festgestellt wurden, hatten immer noch 279. In 10 Betrieben war die Zahl der Mängel mit 80 sich gleichgeblieben, aber in 120 war deren Zahl von 1065 auf 2208 angewachsen! 69 Prozent der wiederbesichtigten Betriebe hatten sich demnach ganz bedeutend verschlechtert! Wenn auch für einzelne Untersuchungen ein Milderungsgrund darin gesehen werden kann, daß die Vorbesichtigung schon Jahre zurückliegt, oder daß sie sich seit der Vorbesichtigung zum Teil ganz bedeutend vergrößert hatten, dann bleiben doch solche Fälle immer nur Ausnahmen und vor allem rechtfertigen sie in keiner Weise die außerordentlich große Zahl der vorgefundenen Mängel.

Bei der Besichtigung der 535 Betriebe — 112 mit Handbetrieb und 423 mit Kraftbetrieb — mußten die Beamten der Genossenschaft 5344 Anordnungen treffen, die sich auf 11990 verschiedene Mängel beziehen. Als charakteristisch von diesen sind die folgenden zu nennen, die an Betriebsräumen, Betriebseinrichtungen oder an der Betriebsführung vorhanden waren: Ungeeignete oder ungenügende Beleuchtung 5; fahrlässiges Aufhängen oder leichtfertige Behandlung von Petroleumlampen 2; gefährdende Ein- und Ausgänge für die Arbeiter 34; unzulässige Ausnutzung von Gängen, Treppen und Arbeitsplätzen zum ständigen Lagern von Gegenständen 63; schadhafte Fußböden 27; gefährdender Zustand von Treppen 287; keine oder mangelhafte Einfriedigung von Vertiefungen 82; schlechte Unterhaltung von Leitern 310; gefährdender Zustand von Arbeitsstätten, Stühlen, Bänken usw. 114; Entfernung vorhanden gewesener Schutzrichtungen 264; unzumutbare oder nur notdürftig ausgeführte Schutzvorkehrungen 640; leichtfertige Lagerung von feuergefährlichen, explosiblen und ätzenden Stoffen 22; Unterbringung von Kleidungsstücken oder sonstigen Gebrauchsgegenständen an besonders gefährdenden Stellen, hinter den Maschinen oder deren Antriebswerken 152; Fehlen in sanitärer Beziehung wünschenswerter Einrichtungen 80; mit besonderer Gefahr verknüpfte Arbeitsmethoden, die sich ohne Belästigung oder wirtschaftlichen Nachteil durch andere, gefahrlosere ersetzen lassen, 110. Die Art der hier be-

nannten Mängel zeigt, daß wir nicht zuviel behaupten, wenn wir sagen, daß es unsern Unternehmungen am guten Willen mangelt, den Arbeiter gegen die Betriebsgefahren zu schützen. Jeder einzelne hier benannte Verstoß — ein kleines Teilchen davon mag auch den Arbeitern zu Lasten zu rechnen sein — ist mit nur ganz geringen Kosten zu vermeiden, wenn überhaupt solche entstehen. Daß sie trotzdem alljährlich in so außerordentlich großer Zahl erneut festgestellt werden müssen, ist darum der beste Beweis für die sozialpolitische und humanitäre Rückständigkeit derer, denen wir täglich neu unsere Knochen zur Verfügung stellen.

Aber auch die Zahl und die Art der Mängel an Schutzvorkehrungen im allgemeinen und an den Arbeitsmaschinen im besonderen ist eine Bestätigung des Vorstehenden. Mußte doch z. B. in 179 Betrieben um 256 einzelnen Fällen eine ungenügende Abgrenzung der in den Arbeiteräumen selbst aufgestellten Kraftmaschinen bemängelt werden und gar in 343 Fällen eine mangelhafte oder gar keine Abschätzung solcher Antriebsriemen, die durch ihre Lage im Arbeitsraum vorbeigehende Personen erfassen können oder — wie in 39 Fällen fehlende Abschätzung von solchen Antriebsriemen — die den Fußboden durchdringen. Fehlende Signale zur Ankündigung des bevorstehenden Anlassens oder Stillsetzens der Kraftmaschinen (135 Fälle) oder fehlende Hauptausdrückungen bzw. Notsignale, um im Falle eines Unfalles den ganzen Betrieb oder einen Betriebsteil zum Stillstand zu bringen (72 Fälle) sind ebenfalls Mängel, deren Beseitigung in keiner Weise das Betriebskonto sonderlich belasten können. Das gleiche gilt von der ungenügenden Abschätzung der Teile, die wohl seltenere aber dafür um so schwerere Verletzungen zeitigen: Fehlende Abschätzungen von vorspringenden rotierenden Teilen, Nasen- und andere Keile, Stellschrauben an den Wellenleitungen, ein Mangel, der in 34 Fällen Anlaß zu Beanstandungen gab. — An den Arbeitsmaschinen selbst wurde gerügt: Mangel an Sicherungen gegen unerwartetes Angehen (494 Fälle); fehlende Aus- oder Einrückvorrichtungen (58), ungeschützte vorspringende Nasenkelle, Stellschrauben usw. (218) und fehlende oder ungenügende Abschätzung von Schwung- oder Zahnrädern (3995!). An Steindruck-, Lichtdruck-, Zinkdruck- und Kupferdruck-Schnellpressen und Handpressen machten sich in 112 Betrieben 1050 Mängel bemerkbar; an Steinschleifmaschinen in 25 Betrieben deren 53; an Lackier-, Gummier- und Bronzermaschinen in eben so viel Betrieben 58; usw. usw. Trotz dieser großen Anzahl festgestellter Mängel, die, wie aus dem Vorstehenden zu ersehen ist, fast durchweg den Unternehmungen aufs Schuldkonto zu buchen sind, bringt es der Jahresbericht der Berufsgenossenschaft doch auch in diesem Jahre wieder fertig, direkt im Anschluß an die Aufzählung aller dieser Mängel zu setzen: »Ein großer Teil dieser Mängel fällt, wie leider sehr häufig, der Gleichgültigkeit, der Unachtsamkeit und dem Leichtsinne der Arbeiter zur Last«. In solchen recht deplazierten Bemerkungen offenbart die Berufsgenossenschaft sehr drastisch ihre Eigenschaft als Unternehmerinstitution. Das kommt auch an anderen Stellen des Berichts zum Ausdruck, bei denen ebenfalls die Voraussetzung ist, daß alle Schuld zu Lasten der Arbeiter geht, obwohl doch die Aufzählung der Mängel jedem sagt, daß das Gegenteil der Fall ist.

Es ist einleitend gesagt, daß sich die Zahl der Unfälle im letzten Jahre um ein geringes vermindert hat. Die Abnahme betrifft jedoch nicht die Unfälle, die von den Maschinen verursacht worden sind; diese haben sich vielmehr noch um 27 vermehrt. Auch bei den schwereren Unfällen haben sich diejenigen, die sich an Maschinen ereigneten, um 16 vermehrt. Die speziell auf die in unseren gewerblichen Betrieben arbeitenden Maschinen entfallenden Unfälle boten folgendes Bild, wobei bemerkt sei, daß alle die Unfälle ausgeschieden sind, die sich durch mangelnde Betriebseinrichtungen

oder an Maschinenteilen ereigneten, die nicht erkennen lassen, ob sie in unsern Arbeitsstätten vorkamen oder in denen unserer verwandten Berufsgenossen, die ebenfalls der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft unterstehen. So sind alle die ausgeschieden, die sich an Kraftmaschinen, Transmissionen, Fahrtrüben, durch Herabfallen von Gegenständen, durch Fall und sonst wie ereigneten. Die an den Steindruck-, Lichtdruck-, Zinkdruck- und Kupferdruckpressen vorgekommenen Unglücksfälle haben sich gegenüber dem Jahre zuvor um 25 vermindert. Es wurden verzeichnet 202, davon 42 entschuldigendspflichtig gewordene, d. h. schwerere. An den Schnellpressen der genannten Art wurden 155 angemeldet, davon 35 schwere. Betroffen wurden von ihnen 80 männliche und 75 weibliche Personen. 11 schwere Unfälle entstanden durch den Druckzylinder beim Herausheben hängengebliebener Bogen oder beim Ordnen der Leitschnüre. Daß jeder hierbei passierende Unfall jedesmal schwer ist, sollte unsre Kollegenschaft veranlassen, solche Handlungen niemals während des Ganges der Maschine vorzunehmen. Mag ein Bogen Papier oder Karton auch noch so wertvoll sein, nie wird er eine verstümmelte Hand oder einen abgequetschten Arm aufwiegen. Die Greifer verursachten 21 (4 schwere) Unfälle, die Zahnstangen oder belebten Walzenauflaufleisten beim unbedachten Hineingreifen oder Aufstützen über die Enden der Karrenabdeckplatten hinweg 26 (6 schwere). Der Karren oder Feuchttisch erfaßte auf Erhaschen von Bogen bedachte Hände in 16 Fällen und verletzte 4 davon schwer. Durch Karren oder sonstige Teile beim Heruntergreifen unter die Pressen entstanden 7 (1) Unfälle, durch Farb- oder Feuchtwalzen beim Wischen oder sonstigen Handlungen 23 (4 schwere). Während des Putzens beim Gange der Maschine entstanden 7 Unfälle (1 schwerer) durch die Zahnräder; bewegte Teile des Wasserwerkes verursachten deren 3. 41 Unfälle (4 schwere) entstanden auf sonstige nicht näher benannte Art und durch andere als die hier bezeichneten Maschinenteile. Von allen diesen Unfällen entfielen auf jugendliche Personen 27, darunter waren 6 schwere. Im Berichtsahre ereignete sich an den Schnellpressen auch ein Unglücksfall, den der Betroffene mit seinem Leben bezahlen mußte. Dieser Fall wurde — wie der Bericht sagt — dadurch herbeigeführt, daß ein Maschinenmeister den entfallenen Feuchtschwamm während des Ganges der Maschine herauslangen wollte, wobei er mit dem Kopfe zwischen Seitenwand und Steinkarren geriet. —

An Hand- und Trithelbepressen wurden 33 Unfälle angemeldet, davon waren 3 schwererer Natur. Betroffen wurden nur männliche Personen, darunter 16 jugendliche. Die Zahl der Unfälle an dieser Art Maschinen hat sich um 17 vermindert. An Handpressen erfolgten 29 (2 schwere), an Trithelbepressen 2 und an Kupferdruckpressen ebenfalls 2 Unfälle. Die Kurbeln der Handpressen verursachten 4, der Handhebel 7, der Trithelbepressen einen, Karren und Seitengestell 11 und sonstige Maschinenteile ebenfalls 11 Unfälle. — An sonstigen Pressen für Steindruck wurden 14 Unfälle (4 schwere) angemeldet. Davon entfielen auf Zinkdruckrotationsmaschinen 6, auf Steindruckrotationsmaschinen einer, auf Johnstompressen 5, sowie je einer auf Mezzotintendruckmaschinen und Offsetpressen. Durch Zahnräder entstanden dabei 2, durch Walzen einer, durch die Druckfläche 5 und durch sonstige Teile 6 Unfälle.

An Steinschleifmaschinen kamen 8 männliche Personen um ihre gesunden Knochen; von ihnen hatten vier dauernden Schaden. In einem der letzteren Fälle war das Unterbringen von Gegenständen in der Maschine die — wie der Bericht sagt — indirekte Ursache des Unfalles, indem ein Steinschleifer während des Ganges der Maschine, trotzdem der Steintisch auf ihn zukam, im Fundament der Maschine aufbewahrte Putzwohle herauslangen wollte. Dabei kam sein Arm zwischen den Tisch und das Fundament. Zur Verhinderung derartiger

Unfälle sollten die Vertiefungen des Fundaments an den beiden Enden der Maschine so mit Brettern abgedeckt werden, daß der hin- und hergehende Schleiftisch glatt über diese Abdeckung hinweggeht. Damit würde verhütet, daß der Raum im Fundament zum Aufbewahren irgend welcher Gegenstände benutzt werden könnte.

Gestelgt haben sich auch die Unfälle, hervorgerufen durch Lackier-, Gummi- und Bronziermaschinen, von denen 17 männliche (5 jugendliche) und 39 weibliche (8 jugendliche) Personen zu Schaden kamen. Auf die Lackiermaschinen entfielen 15, auf die Gummimaschinen 8, auf Bronziermaschinen 23 (darunter 8 schwere) und auf Pudermaschinen 10 (3 schwere) Unfälle. Sie entstanden durch den Greifer beim Reinemachen (3), durch den Greifer beim Anlegen (10) und durch den Greifer beim Abnehmen (nur an der Bronziermaschine in 12 Fällen), durch die Walzen (20), durch Zahnräder (4) und durch sonstige Teile wie Schwungräder, Exzenter (7). — An Stein- und Rollenplatten ereigneten sich im Berichtsjahre keine Unfälle, an Pressen zum Glätten und Packen deren 11. — Durch Kalandr-, Satinierwalzwerke usw. wurden 22 Unfälle hervorgerufen, darunter 9 mit schwereren Folgen. 10 männliche und 12 weibliche Personen wurden davon betroffen, darunter 3 resp. 4 jugendliche. Sämtliche Unfälle ereigneten sich während des Ganges der Maschinen, nämlich beim Putzen oder Schmieren 7, beim Einführen des Papiers etc. einer und bei sonstigen Handlungen 14.

23 Unfälle (davon 5 schwere) ereigneten sich an Tapetendruckmaschinen. Betroffen wurden nur männliche Personen, darunter 3 jugendliche. Die Unfälle entstanden zwischen Druckzylinder und Druck- oder Farbtuchwalzen in 12, durch nicht genügend geschützte Zahnräder in 11 Fällen. Dabei waren nicht nur die Rapporträder, sondern auch die Kammräder der in den auf der hintern Seite befindlichen Farbkästen liegenden Walzen die Ursachen.

Gehaltsstreit und kein Ende.

Die Beamtenschaft hat eine Diskussion ausgelöst, die an Rücksichtslosigkeit und wildem Draufgängertum — und zwar beiderseits — kaum noch zu überbieten ist. Dabei ließe sich die Sache in aller Ruhe in den einzelnen Zahlstellen bewerkstelligen, ohne öffentlichen Lärm! Man lasse also diesen Klärungsvorgang der kochenden Volksseele unter der Oberfläche ruhig sich abspielen; nur so wird sich das Resultat rein und klar herausdifferenzieren: entweder müssen sich unsere Beamten fügen oder die Mitglieder. Dieser Notwendigkeit, d. h. der vorzunehmenden oder — wenn ein Fünftel der Mitgliederzahl für den Mannheimer Antrag nicht erreicht wird — nicht vorzunehmenden Urabstimmung wird sich jeder beugen.

Warum vermißt man übrigens bei der jetzigen Kritik und Antikritik, den Vorschlägen und Gegenvorschlägen den goldenen Mittelweg: warum wird von keiner Seite vorgeschlagen, sich auf den ersten Gehaltsantrag zurückzuziehen, der in Stuttgart ein besseres Stimmenverhältnis und bei unsern Mitgliedern weniger Oppositionslust hervorgerufen hätte?

Jedenfalls weiß ich mich mit vielen eins, wenn ich sage: laßt nun genug sein des grausamen Spiels! Die Überkritik ist uns keineswegs von Nutzen! Die Grenzen des zulässigen, im Interesse unserer Berufsgemeinschaft zu beachtenden Maßes sind längst überschritten. Wer die Auseinandersetzungen aufmerksam verfolgte, wird sich eines ähnlichen Gefühls nicht haben erwehren können, wie es in mandem bei der rücksichtslosen Aleserörterung in Sachen des Generalstreiks auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage aufgestiegen ist.

Darum, ihr Feder- und anderen Helden, mögt ihr im Interesse unseres Verbandes euer Federwisch bzw. eure Strelklepper in den Ruhestuhl stellen und weiter eure besonderen Stedenpferde reiten. Wenn es durchaus Kampf- und Stirelzüge sein sollen: wohlan, es gibt unserer Gegner noch genug, viel zu schillern und gefährlich, um ungesehen und unbekämpft gelassen zu werden. Gegen diese muß mutig geritten und gestritten werden, daß ihnen das schadenfrohe Lachen als gaulendernde Dritte über den Streit in unserm Lager schon vergeht!

Adolf Blum.

Persönliche Bemerkungen.

Außer dem vorstehenden Artikel des Kollegen Adolf Blum und einer kurzen Einsendung, die sich im Sinne des Kollegen W. B., Barmen, äußert, die

aber, weil sie anonym ist, allem Brauche entsprechend in den Papierkorb wandern muß, liegen bis zum Abschluß dieser Nummer weitere Meinungsäußerungen zur Sache nicht vor. Es darf daher wohl angenommen werden, daß die sachliche Diskussion über die Generalversammlung, die zu einer Diskussion über die Gehaltsregulierung der Verbandsangestellten wurde, erschöpft ist. Wir glauben im Sinne der großen Mehrheit unserer Kollegen zu handeln, wenn wir unter Berücksichtigung der letzten Ausführungen des Kollegen Blum, sowie der Artikel der Mannheimer Verwaltung, des Kollegen Xilef und verschiedener anderer Einsender nunmehr die Diskussion über den Stuttgarter Verbandstag und damit auch über die Gehaltsfrage schließen. Dabei gehen wir auch von der Überzeugung aus, daß sich jeder Kollege seine Meinung bereits selbst gebildet haben wird und daß wesentliche neue Anregungen, die eine große Anzahl von Lesern der »Graph. Presse« zu einer Änderung ihrer Auffassung nach dieser oder jener Richtung hin bestimmen könnten, nicht mehr zu erwarten sind. Diesen Auffassungen können die Kollegen, soweit es noch nicht geschehen ist, bei den Abstimmungen über den Mannheimer Antrag in den Versammlungen der Mitgliedschaften Ausdruck geben, wozu es einer weiteren Fortspinnung der Diskussion in der »Graph. Presse« nicht bedarf.

Da die Diskussion nicht ganz frei von persönlichen Momenten geblieben ist, gingen uns noch eine Reihe von persönlichen Erklärungen zu, die wir hier noch folgen lassen. Wir bemerken dazu, daß wir alles, was Veranlassung geben könnte zu neuen persönlichen Bemerkungen, aus diesen Einsendungen auszumerzen und nur das herauszuschälen versucht haben, was als tatsächliche Richtigstellung und Feststellung gelten kann. Damit glaubten wir im Interesse der Sادlichkeit und unserer Sache und nicht zuletzt auch im Interesse der Einsender selbst zu handeln, denen wohl ebensowenig wie uns und der ganzen Kollegenschaft auch nur das Geringste daran liegen wird, daß die Diskussion über den Stuttgarter Verbandstag und seine Beschlüsse letzten Endes in ein unfruchtbares persönliches Gezänk ausartet.

Die Redaktion.

Schon das zweite Mal versucht der Vorsitzende unserer Zahlstelle Barmen, Kollege D. Glauco, der Diskussion über die Gehaltsfrage der beamteten Kollegen durch Mitteilungen über meine Person eine andere Wendung zu geben. Daher bleibt mir eine Entgegnung nicht erspart.

Zu 1: Die Einforderung meines ersten Artikels zur Gehaltsfrage ist nur durch den hiesigen Vorsitzenden auf Grund unrichtiger Mitteilung an unsern Redakteur geschehen. Man hat es gewissermaßen so dargestellt, als ob ich wegen großer Reste gar nicht mehr als Mitglied zu betrachten sei. Wenn nunmehr in der Öffentlichkeit meine vom Vorstand bewilligte Beitragsstundung (welche inzwischen voll durch Begleichung erledigt wurde) gegen mich ausgenutzt wird, überlasse ich das Urteil über dieses Vorgehen der Kollegenschaft.

Zu 2: Unwahr ist, daß ich im Januar nicht wiedergewählt worden bin. Hingegen ist wahr, daß ich in der fraglichen Versammlung nach der Wahl des ersten Vorsitzenden mit noch zwei anderen bisherigen Vorstandskollegen das Lokal verlassen habe. Damit ist bewiesen, was ich drei Tage zuvor auf Anfrage hin erklärt habe: »Wenn der Vorsitzende bleibt, bleibe ich nicht Kassierer.« Durch meinen Weggang nach der Wahl des ersten Vorsitzenden habe ich gezeigt, daß ich nicht mehr gewählt sein wollte.

Zu 3: Mit der angeführten Elberfelder Resolution bin ich in keiner Weise identisch. Ich habe sie lediglich aus der »Gr. Pr.« erfahren. Da sie mich sehr interessierte (bekanntlich trennt sich Barmen von Elberfeld äußerlich gar nicht), so habe ich sie unsern Beamten warm empfohlen.

Zu 4: Auf die persönlichen Angriffe einzugehen, verzichte ich, da ich die Auffassung habe, daß Meinungsverschiedenheiten, die ins Persönliche hinüberzuplätzen, der Störenfried sachlicher Diskussionen sind. Bemerkten will ich nur noch, daß ich schon vor Jahren aus Sparsamkeitsrücksichten die Einschränkung der Sitzungen resp. eine volle Vertretung des Vorstandes nur bei außergewöhnlichen Fällen angeregt habe. Das ist dann in der Folge auch praktisch geübt und dadurch an Entschädigungsgeldern gespart worden; nur dieses Moment ist entscheidend.

Zu dem Artikel unseres Gauleiters in der Nr. 48 der »Graph. Presse«: »Dann dienen wir der Sache«, bemerke ich noch folgendes: Meine vom Gauleiter zitierten Worte: »Denn der Gauleiter unseres Gaus soll . . . usw. stellen keineswegs eine von mir aus der Luft gegriffene Behauptung dar; sie sind vielmehr in einer vorjährigen Vorstandssitzung auf Anfrage vom Gauleiter persönlich als Antwort gegeben worden. Diese Tatsache wird ein zweites Vorstandsmitglied auf Wunsch bereit-

willigt bezeugen. Übrigens haben wir, mein Zeuge und ich, dies dem Gauleiter vor 14 Tagen in der hiesigen Versammlung schon gesagt, worauf die Antwort folgte: »Da mußt Du geschlafen haben!« Seinem Wunsche gemäß gebe ich es ihm hiermit schriftlich.

W. B., Barmen.

II.

In Nr. 48 der »Gr. Pr.« nimmt der Kollege Glauco das Wort, um nach einer kurzen Bemerkung über die Gehaltserhöhung dazu überzugehen, sich mit dem Kollegen W. B., Barmen, persönlich auseinanderzusetzen. Wir würden uns mit diesen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen dem ehemaligen Kassierer und dem jetzigen Vorsitzenden der Zahlstelle Barmen nicht befassen, wenn es Kollege Glauco nicht für gut befunden hätte, uns wegen unseres Versammlungsberichtes in der »Gr. Pr.«, in dem eine Resolution gegen die Gehaltserhöhung enthalten war, der unwahren Berichterstattung zu beschuldigen. Unser Versammlungsbericht enthält, gestützt auf das in der folgenden Versammlung verlesene und genehmigte Protokoll, den Passus, daß besagte Resolution mit großer Mehrheit angenommen worden ist. Kollege Glauco bestreitet diese Tatsache in seinem Artikel und stellt die durch nichts erwiesene Behauptung auf, die Resolution sei mit 18 gegen 13 Stimmen angenommen worden. Entgegen dieser Behauptung erklären wir, daß sämtliche Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Elberfeld bei ihrer Zählung zu dem Ergebnis kamen, daß 24 Kollegen für die Resolution und 4 Kollegen dagegen stimmten. Die übrigen Anwesenden enthielten sich der Stimme. Ob wir hier mit Recht von einer großen Mehrheit berichteten, überlassen wir getrost der Beurteilung der Kollegenschaft.

Des weiteren stellt Kollege Glauco die Behauptung auf, daß die Resolution erst kurz vor 1 Uhr nachts eingereicht worden sei, nachdem die Versammlung sich schon stark gelichtet hatte. Auch dies ist nicht zutreffend, da sie schon um 11 Uhr eingereicht wurde. Daß bei der Abstimmung einige Kollegen schon fort waren, ändert an der großen Mehrheit nichts.

Nun behauptet Kollege Glauco, daß Kollege W. B. kein Recht hatte, einen Artikel in der »Gr. Pr.« zu veröffentlichen, da er ein Vierteljahr mit seinen Beiträgen im Rückstande war, obwohl ihm die Beiträge gestundet worden waren. Dazu wollen wir noch folgendes bemerken: Als im Juli d. J. die Wahlen zur Generalversammlung vorgenommen wurden, trafen die dem gleichen Wahlkreise angehörenden Zahlstellen Barmen und Elberfeld ein Übereinkommen. Von Barmen kamen 2 Kollegen zur Überwachung der Wahl nach Elberfeld, und von Elberfeld 2 Kollegen nach Barmen. Die von uns nach Barmen entsandten Kollegen beantragten die Wahlberechtigung von 4 Barmerner Mitgliedern, die mit 15 bis 17 Beiträgen im Rückstande waren. Unseren beiden Kollegen wurde jedoch vom Kollegen Glauco ganz kategorisch erklärt: Diese 4 Kollegen wählen, sie haben Stundung! Damals erklärte der Kollege Glauco: wer um Stundung eingekommen ist, bleibt in seinen Rechten. Heute, nach 5 Monaten, vertritt er den entgegengesetzten Standpunkt. Wie reimt sich das zusammen?

Die Verwaltung der Zahlstelle Elberfeld.

III.

Die Diskussion über die Gehaltsfrage in den letzten Nummern der »Gr. Pr.« dürfte gerade nicht dazu beigetragen haben, fördernd für unsere Organisation zu wirken. Die gegnerische Presse hat denn auch die Auseinandersetzungen für ihre Pläne wildlich ausgenutzt. Unter anderen hat das gelbe Organ »Deutsche Arbeitswacht« in seiner Nr. 9 mit Wohlbehagen die Einleitung des Artikels »Über unsere Kraft« aus Nr. 45 der »Gr. Pr.« zum Abdruck gebracht. Man sagt zwar immer, es soll niemand seinen Gefühlen einen Zwang antun; aber man sollte Geschriebenes nach der Richtung hin prüfen, ob nicht durch die Veröffentlichung nur eine Schädigung unserer Organisation verursacht und dadurch schließlich doch nur das Gegenteil von dem erreicht wird, was man erreichen möchte.

Wenn man den Inhalt des Artikels »Über seine Kraft« in Nr. 48 der »Gr. Pr.« genau betrachtet, dann kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Triebfeder der Polemik zum Teil auf persönlichem Gebiete liegt. Die Behauptung des Artikelschreibers, daß die Gauangestellten zu wenig Beschäftigung haben, ist ja nicht neu. Durch die fortgesetzte Wiederholung wird sie aber auch noch lange nicht wahr.

In Nr. 48 der »Gr. Pr.« bringt derselbe Kollege in einer Erwiderung gegen den Kollegen Müller die Bemerkung, daß der Hamburger Angestellte statt bisher 2300 Mk. jetzt 2700 Mk. bezieht. Ich will dem noch hinzufügen, daß derselbe Angestellte bereits vor seiner Anstellung 6 Jahre hindurch beim Privatunternehmer ein Gehalt bezogen hat, daß noch über das jetzige hinausgeht! Ich glaube auch, man darf erwarten, daß eine Arbeiterorganisation, wenn sie solche Kollegen in ihre Dienste stellt, nach fünfjähriger Anstellung ein Gehalt bezahlt, das dem vorher bezogenen annähernd gleich kommt.

L. Ulrich, Hamburg.

Ortsberichte.

Dresden. Eine am 2. Dezember abgehaltene, sehr gut besuchte Versammlung aller Filialen beschäftigte sich im wesentlichen mit der Mannheimer

Resolution betreffs Urabstimmung zur Gehaltsfrage. Einleitung dazu waren die Rundschreiben der Zahlstelle Mannheim und des Hauptvorstandes. Die Versammlung war vorherrschend der Meinung, daß die vorgenommene Gehaltsregulierung zur Unzeit geschehen sei; einen nicht geringen Teil von Schuldfrage der Ausschuß mit. Man vermühte eine Gelegenheit zu einer Aussprache der Mitglieder vor der Generalversammlung, was einem Bruch demokratischer Rechte gleichkommt. Eine Gehaltsregulierung sei schon aus dem Grunde nicht am Platze, da bekanntlich überall gespart werden müsse und da man insbesondere auch heute garnicht voraussehen könne, wie sich die allgemein schlechte Konjunktur jetzt noch gestalten und ob sie noch größere Opfer der Gesamtkollegenschaft erfordern werde. Allenthalben wurden auch Stimmen über die zu erwartende Beitragserhöhung laut. Die Versammlung sympathisierte mit den in der »Gr. Pr.« erschienenen Artikeln von Ehlers, Hamburg und W. B., Barmen. Sie bedauerte ferner das späte Erscheinen der Protokolle, was im wesentlichen ein Hindernis der Klärung sei. Die Kollegen Lorenz, Hiekmann und Sauppe vertraten die Haltung der Generalversammlung. Die Resolution fand mit 179 gegen 19 Stimmen Annahme. Mit einem Mahnwort des Vorsitzenden, auch an den späteren Veranstaltungen immer ein so reges Interesse zu zeigen, denn dann nur könne die Verbandssache zum Nutzen der Kollegenschaft ausschlagen und deren Wohl gefördert werden, wurde die Versammlung geschlossen.

Fürth i. B. Die Mitgliederversammlung vom 15. November befaßte sich u. a. eingehend mit den beiden Rundschreiben der Zahlstelle Mannheim und ihrer Resolution zur Gehaltsregulierung unserer Beamten. Nachdem der Vorsitzende eingehend die Anträge, die der Generalversammlung vorgelegen hatten, sowie die diesbezüglichen Beschlüsse der Hamburger Generalversammlung klargelegt hatte, entspann sich eine äußerst rege Debatte, in der die Meinung zum Ausdruck kam, daß der Antrag wohl zu der ungünstigsten Zeit eingebracht sei. In heftiger Weise wurde festgenagelt, daß die Anträge nicht ausgeschrieben und dadurch der allgemeinen Diskussion entzogen wurden. Da das Statut über die Zulassung einer Urabstimmung unklar sei, bedürfte es der Abänderung. Über die Gehaltsregulierung eine Urabstimmung herbeizuführen sei wohl wünschenswert, jedoch rechnerisch unklug, da dadurch eine erneute Ausgabe, die wohl 2000 Mk. übersteige, entstehen würde. Auch erkannte die Versammlung die Generalversammlung als höchste Instanz an. Aus dieser Erwägung heraus lehnte die Versammlung die Mannheimer Resolution einstimmig ab. Der Delegierte zur nächsten Generalversammlung soll in dem Punkte ein gebundenes Mandat haben.

Offenbach a. M. Unsere Versammlung vom 1. Dezember beschäftigte sich eingehend mit dem Mannheimer Urabstimmungsantrage. Nach reiflicher Aussprache und strenger Kritik zeitigte die Abstimmung die Annahme der Mannheimer Resolution mit 13 gegen 8 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler

Annoncenzeichner.

Im Bereiche der Annoncenzeichner machen sich in letzter Zeit tiefgehende Umwälzungen bemerkbar, denen wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, da diese für unsere Kollegen von einschneidender Bedeutung sind.

Die Annoncenzeichner sind heute in Annoncenexpeditionen, Zeitungsverlagen und chemigraphischen Anstalten beschäftigt. Vor ungefähr 10 Jahren begannen die Annoncenexpeditionen, ihren Kunden bei der Ertelung größerer Aufträge Annoncenentwürfe gratis zu liefern. Dann gingen sie dazu über, dieses System zu einem besonderen Reklamezweig für sich auszugestalten, indem sie jedem Kunden, der eigene Klischees für seine Insertionen verwendete, die dazu nötigen Inseratzeichnungen gratis lieferten. Diese Zeichnungen waren meist noch sehr primitiver Natur. Mit auffallenden Überschriften, negativen Randzeichnungen oder einer humoristischen Figur, die sich auf den Inhalt des Inserats bezog, großen schwarzen Flächen, schweren Verzerrungen die aus dem Rahmen der Zeitungen oder Zeitschriften herausfielen — ob angenehm oder unangenehm war Nebensache —, waren die Bedürfnisse des Kunden befriedigt.

Diese Zeichnungen wurden meist von jüngeren ehemaligen Merkantholithographen hergestellt, die zu einem Monatsgehalt von 90—100 Mk., höchstens 120 Mk. beschäftigt wurden.

Diese Zeichnerateliers der Annoncenexpeditionen und Zeitungsverlage vergrößerten sich im Verhältnis sehr schnell, so daß Ateliers mit 20 und mehr Zeichnern vorhanden waren. Die Zahl der angefertigten Zeichnungen stieg ins Ungeheure, 50, 80 und 100 Inseratentwürfe pro Tag, 12000 Entwürfe pro Jahr aus einem Atelier waren keine Seltenheit. Die Inserenten wurden mit Zeichnungen bombardiert. Jede Firma suchte die Konkurrenz zu überbieten. Die Zeichnerateliers wurden die reinen Fabrikbetriebe, die Arbeitstellung wurde bis zum äußersten durchgeführt, und wenn auch die Qualität der Entwürfe

unter diesem System oft alles zu wünschen übrig ließ. Dann versuchte eben der Akquisiteur, den Kunden durch die Quantität zu verblüffen. Der Großinserent, der ein halbes Dutzend Entwürfe brauchte, bekam von den verschiedenen Inseratenexpeditionen 2—300 eigens für ihn angefertigte Inseratentwürfe gratis zur Auswahl vorgelegt.

Nichts konnte den Zeichnern mehr schaden als diese Verschleuderung ihrer Arbeit. In den Augen der Kunden mußten ihre Arbeiten als wertlos erscheinen. Jeden Arbeitsburschen muß der Unternehmer für jede Arbeitsleistung, und sei sie noch so schlecht, bezahlen; braucht er aber die Arbeit des Zeichners, dann bekommt er diese umsonst. Allen seinen Wünschen versprach der Akquisiteur die Erfüllung, auch wenn sie sich so absurd waren.

Die Annoncenexpeditionen, und erst recht die Zeitungsverlage, konnten sich diesen Luxus leisten. Auf der einen Seite stekten sie die Rabatte ein, auf der anderen Seite arbeiteten ihre Zeichner ja fabelhaft billig und fertigten richtige Massenaufgaben an. Denken wir an obige Zahlen und nehmen wir z. B. an, daß der Zeichner »nur« 5 Entwürfe pro Tag herstellt, was durchaus den tatsächlichen Verhältnissen entsprach, so kommt bei 120 Mk. Monatsgehalt auf je einen Entwurf noch nicht einmal 1 Mk. Arbeitslohn.

Daß dieses ganze System zu einem bösen Ende führen mußte, war allen einsichtigen Kollegen klar, nur den Annoncenexpeditionen nicht!

Da kam die Katastrophe. Zum Unglück für die Annoncenexpeditionen, zum Glück für den guten Geschmack warfen sich eine Reihe junger Künstler auf das Inseratenwesen. Sie brachten Inseratzeichnungen heraus, die an künstlerischem Werte nichts zu wünschen übrig ließen. Mit der alten Theorie, daß ein Inserat nur auffallen müsse, wurde gebrochen. Man erkannte, daß ein wirkungsvolles Inserat nicht nur auffallen muß, sondern auch mit dem guten Geschmack nicht auf dem Kriegsfuß stehen darf. Viele Großinserenten übertrugen ihre Inseratklame namhaften Reklamefachleuten, die diese Bestrebungen unterstützten.

Das alles regte aber auch die Masse der Kleininserenten zum Nachdenken an. Die Folge war, daß auch sie an die Inseratentwürfe der Annoncenexpeditionen höhere Ansprüche zu stellen begannen, die freilich von den 90 Mk.-Zeichnern von ehedem nicht zu erfüllen waren. Der Zeichner mit größerem Können beansprucht auch einen höheren Lohn. Die Annoncenexpeditionen mußten, wenn sie die Ansprüche ihrer Kunden befriedigen wollten, höhere Gehälter für ihre Zeichner auswerfen. So sind auch die Löhne in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Die 90—120 Mk.-Löhne sind fast ganz verschwunden; der Durchschnittslohn betrug für Deutschland schon im Oktober 1912 171,80 Mk. Damit ist aber dieser Entwicklungsprozeß keineswegs abgeschlossen.

Der Reklameetat der Expeditionen wurde durch die steigenden Gehälter bedeutend erhöht. Die Folge war die Einschränkung der Zahl der beschäftigten Zeichner. Das geschah derart, daß in einigen Ateliers kaum noch ein Drittel der früher beschäftigten Zeichner übrig blieb.

Die Reklame ist heute schon eine Wissenschaft geworden. Wer für sie tätig sein will, muß über vielseitige Kenntnisse verfügen. Er muß sich insbesondere klar sein, welche Wirkung ein Inserat auf den Leser auszuüben vermag, denn nur, wenn das Inserat dem Leser beim ersten Anblick glaubhaft macht, daß er das inserierte Objekt unbedingt braucht, wird es Erfolg haben. Das müßte zuerst auf jedem Akquisiteur selbstverständlich sein. Wie sieht es da aber heute aus?

Die Akquisiteure der Annoncenexpeditionen sind heute zweierlei Art. Die einen besitzen ein fabelhaftes Geschick, dem Inserenten alles, auch den schlechtesten Entwurf aufzuschieben. Sie reden solange auf ihr Opfer ein, bis dieses eben Inserate aufgibt. Diese Spezies macht ein ebenso fabelhaftes Geschäft. Sie stehen sich an Einkommen manchem Minister gleich; ein Jahreseinkommen von 40—50000 Mk. hat für sie nichts aufregendes.

Die Masse der Akquisiteure besitzt aber die gegenteilige Veranlagung. Sie glauben, die Interessen ihrer Firma am besten dadurch zu wahren, daß sie den Kunden jeden, auch den unsinnigsten, Wunsch zu erfüllen suchen. Daß können sie umso leichter, als ihre Auffassung von der Reklame nicht durch übermäßige Sachkenntnis getrübt wird. Diese Akquisiteure sind der reine »Zeichnerschreck«. An jeder Ungeschicklichkeit, die sie begehen, ist der Zeichner schuld. Immer wird ein mißglückter Auftrag auf die Zeichnung zurückgeführt.

So haben heute die Annoncenzeichner nach jeder Richtung einen schweren Stand. Auf der einen Seite ist ihre Arbeitsleistung durch den früheren Raubbau in den Augen des Konsumenten entwertet, auf der anderen Seite werden sie in den Annoncenexpeditionen und Zeitungsverlagen als notwendiges Übel betrachtet und genießen daher auch gar nicht die Wertung, die sie auf Grund ihrer Tätigkeit zu beanspruchen haben.

Die Folge davon ist, daß sich die Besten unter ihnen den Ateliers fern halten. Entweder suchen sie in anderen Sparten des Zeichnerberufs unterzukommen, oder — und das ist heute ein besonders großer Teil — sie suchen sich selbständig zu machen, um in direkte Verbindung mit den Inserenten zu kommen.

So liegen die Dinge heute. Gibt es aus diesem Dilemma einen Ausweg? Gewiß, wenn die Zeichnerateliers, getrennt von den Annoncenexpeditionen und Zeitungsverlagen, auf eigene Füße gestellt werden! Wenn der Inserent in direkter Verbindung mit dem Reklamefachmann steht und diesem seine Inseratzeichnungen in Auftrag gibt. Wenn sich die Annoncenexpeditionen um ihre Insertionen, nicht aber um die Inseratzeichnungen kümmern. Trügen nicht alle Anzeigen, dann geht die Entwicklung dahin. Kluge Großinserenten befolgen schon heute diese Methode. Sie wäre der beste Ausweg für alle. Wenn sich die vielen heute herumlaufenden Hauszeichner in großen Zeichnerateliers zusammenfänden, deren Leitung in den Händen von Fachleuten läge, dann könnte auch die Arbeit des Zeichners wieder zu Wert und Ansehen kommen.

Max Albert.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Chemigr.). Die am 14. November abgehaltene Mitgliederversammlung der Chemigraphen Leipzigs nahm einen Vortrag des Kollegen M. Müller, ergänzt durch Vorführung vorliegender Lichtbilder, über das Tiefdruckverfahren entgegen. Daß dieses zur Zeit aktuelle Thema für die Mitglieder äußerst interessant ist, bewies die außerordentlich starke Teilnahme der Leipziger Kollegen. Der Referent führte mit Hilfe ausgezeichneter Lichtbilder den Kollegen den vollständigen Entwicklungsprozeß des gesamten Tiefdruckverfahrens von der Photographie bis zum fertigen Maschinenruck vor Augen. Desgleichen hatte Kollege Müller in dankenswerter Weise eine Serie Druckerzeugnisse auf den verschiedenartigsten Papieren für den Abend zur Ansicht ausgestellt. Die Versammelten folgten den Ausführungen des Referenten mit größtem Interesse und dankten ihm für den äußerst lehrreichen Vortrag durch starken Beifall. Ferner befaßte sich die Versammlung mit der Aufstellung der Kandidaten für die Neuwahlen des Sektionsvorstandes und der Tariffunktionäre. Auf Grund des günstigen Verlaufs des letzten Chemigraphenvergütungsbeschlusses die Versammlung, auch im kommenden Frühjahr evtl. im Verein mit den Lichtdruckern ein ähnliches Vergütungsverfahren zu veranstalten. Zum Schluß dankte Kollege Büchner im Namen der Leipziger Kollegenschaft dem Kollegen Köhler, der am Jahreschluß Leipzig verläßt und in seinen neuen Wirkungskreis nach Berlin übersiedelt, für seine 10jährige gewerkschaftliche Tätigkeit.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen, Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamstr. 27, 1.

Weihnachtsarbeit.

Der Zentralverband deutscher Photographenvereine und Innungen i. P. gibt im amtlichen Teile seiner letzten Nachrichten (Nr. 11—14) folgendes bekannt:

»In der letzten Zeit sind verschiedentlich Anfragen gekommen, wie es mit der Zahlung der Überarbeit in der Weihnachtszeit zu halten ist. Bis vor kurzer Zeit war es in unserm Berufe allgemein üblich, für die geleistete Mehrarbeit eine Gratifikation zu geben. Von seiten der Gehilfen wurde geklagt, daß einzelne Gehilfen das nicht erhielten, was sie nach ihrer Ansicht hätten erwarten können, wenn die Mehrarbeit dem Gehalte entsprechend bezahlt worden wäre.

Ohne Zweifel haben diese Klagen eine gewisse Berechtigung, jedoch wird in den meisten Fällen die Gratifikation so ausfallen, daß die Mehrarbeitszeit auch dem Gehalte entsprechend bezahlt wird, sogar in vielen Fällen bedeutend mehr bezahlt wird. Seitens der Gehilfen wurde nun gewünscht, daß die Überarbeit nach einem festzusetzenden Tarif zu bezahlen sei. Vielfach ist man im unklaren, wie die Arbeitszeit zu berechnen ist. Bestimmungen hierüber hat der einzige bisher bestandene Tarif in Dresden und der Tarif Entwurf des C. V. enthalten. Beide sind leider vollständig vergriffen und geben wir nachstehend kurz den Inhalt derselben wieder.

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige, einschließlich einer Viertelstunde Frühstück- und Vesperpause. (Dresden Beginn 8 Uhr, Ende spätestens 7 Uhr). Für die Sonntagsarbeit gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

2. Gehalt. C. V.-Tarif: Im ersten Jahre nach der Auslehre 65 Mk., im zweiten Jahre nach der Auslehre 80.—Mk., nach zwei Jahren 100 Mk. monatlich. Dresden: Nach der Auslehre 80 Mk., nach zwei Jahren 100 Mk. monatlich. (Die erste Lohnstaffel des C. V.-Entwurfs dürfte wohl heute als zu niedrig gelten.)

3. Überstunden. Die ersten 4 Überstunden werden mit 25 Proz., jede weitere Stunde mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Dresden: Überstunden bis 11 Uhr

abends 25 Proz., nach 11 Uhr abends 50 Proz. Aufschlag. Bei 3 Stunden Überarbeit ist eine viertelstündige Pause anzurechnen.

4. Sonntagsarbeit Die Arbeit an den vier freigegebenen Adventsonntagen wird ohne Zuschlag bezahlt. Bei Operateuren, Assistenten und beim Empfang beschäftigten Personen wird die gesetzlich zu leistende dreistündige Arbeitszeit in Abzug gebracht.

An den vorstehenden grundlegenden Bestimmungen des Dresdner Tarifs ist auch seitens der Gehilfen keine Änderung vorgeschlagen worden, als dieselben einen Abschluß mit dem ganzen Sächsischen Photographenbund wünschten, was aber von diesem abgelehnt wurde.

Seitens des Vorstandes ist schon wiederholt in verschiedenen Sitzungen den Kollegen auf das dringendste angeraten worden, die Gehilfen das zu geben, was sie rechtlich zu verlangen haben. Wünschen die Gehilfen eine Bezahlung der Überstunden nach Tarif, so möge man ihnen dieselbe gewähren. Nach den Erfahrungen in Dresden steht ein Prinzipal, welcher seinen Mitarbeitern eine gute Gratifikation gewährt hatte, bei Zahlung nach Tarif besser wie früher.

Unser Beruf hat zweifellos unter vielen Missetänden zu leiden, aber andere Berufe haben auch zu kämpfen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind aufeinander angewiesen, und können Photographen mit ihren Gehilfen die nötigen Verhandlungen selbst abschließen, ohne Mittelpersonen dazu nötig zu haben. Jeder ist seines Lohnes wert und hoffen wir, daß bei Entgegenkommen von beiden Seiten das angenehme Verhältnis, wie es jetzt fast überall in unserm Berufe zwischen Prinzipal und Gehilfen besteht, auch weiter bestehen möge.

Der letzte Absatz widerlegt sich durch die jetzige Bekanntmachung selbst. Wenn wirklich Mittelpersonen nicht notwendig wären um Klarheit zu schaffen, warum muß dann der Zentralverband vorstehendes bekannt geben?

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Muz der Riese. Ein helteres Abenteuerermärchen von Robert Grötzsch. Bilder von Georg Erler, Dresden. Verlag von Kaden & Comp., Dresden. 160 Seiten 80. Preis gebunden 2 Mk.

Ein helteres Abenteuerermärchen nennt sich das hübsche Buch. Aber mit der helteren Erzählung allein ist es noch lange nicht erschöpft: ebensoviel wie dem Kinde sagt es dem Erwachsenen, denn das Buch ist über den Rahmen eines Märchens hinausgewachsen und ist mit seiner grotesken Welt zu einer Satire auf unsere Gegenwart geworden. Der reifere Leser wird im Zauberspuk Winzigiens die politischen Kräfte unserer Zeit symbolisiert finden, die Gegensätze unserer Zeit spiegeln sich in dem märchenhaften Hintergrunde der Muz'schen Erlebnisse, und die lebendige Art, wie Grötzsch die grotesken Zustände der Zwerginsel humoristisch verwerlet, wie er den Krieg der zwei Zwergenvölker zur Befreiung von der königlichen Zauberkrone gestaltet, wie er den Frohdachs Muz im Lande der Glückseligkeit umgehen läßt, — das alles stampelt das Ganze zu einem Märchen des Proletariats. Das Kind von 12 Jahren an wird das Buch als spannendes, spaßiges Abenteuer genießen, der Erwachsene als satirisches, mit den Idealen und Gefühlswerten der kämpfenden Arbeiterklasse durchtränktes Weltbild. Die Ausstattung ist solid und vornehm. 32 gute, launige Bilder ergänzen den Text. Es ist ein Buch, das als Weihnachtsgeschenk viel Freude stiften kann.

Jungvolk. Ein Almanach für die arbeitende Jugend 1914. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. 160 Seiten Taschenformat. Preis 25 Pf.

Vom Jungvolk. Almanach, den die Zentralstelle für die arbeitende Jugend herausgibt, ist soeben Jahrgang 1914 erschienen. Der Inhalt des reizvoll ausgestatteten Buches ist wieder ungemein reichhaltig; die wichtigsten Gebiete unserer Jugendbildungsarbeit sind durch Beiträge vertreten, bei denen offensichtlich auch auf die Form der Darstellung besondere Sorgfalt verwendet wurde. Das Büchlein wird weiter noch belebt durch eine Fülle von literarisch wertvollen Gedichten und durch zahlreiche Abbildungen und Randzeichnungen hervor-

ragender Illustratoren. Dabei ist der Preis des 160 Seiten starken Bandes wieder so niedrig angesetzt, daß unser proletarischer Jugendkalender wohl auch in dieser Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung auf dem Büchermarkt bildet. Jugendausschüsse und Vereine erhalten ihn zum Selbstkostenpreise. Kein Jugendgenosse sollte die Anschaffung dieses dauernd wertvollen Buches unterlassen, und auch als Weihnachtsgeschenk sei der hübsche Band den Eltern unserer Jungen und Mädchen angelegentlich empfohlen.

Mädchenbuch. Von Adelheid Popp. (Die junge Welt, Band 6.) Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien IV/1, Gumpendorfer Straße 18. 32 Seiten 160. Preis 20 Pf.

Von dem an dieser Stelle bereits früher lobend erwähnten Büchlein ist jetzt eine zweite umgearbeitete Auflage erschienen. Sie sei gleich der ersten Ausgabe als ein billiges und gutes Geschenk an junge Arbeiterinnen warm empfohlen.

Malerkalender 1914. 13. Jahrgang. Herausgegeben vom Vorstande des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstrelcher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. Verlag von Albert Tobler in Hamburg 25. 196 Seiten Taschenformat. Preis im Buchhandel und für Nichtmitglieder gebunden 1.50 Mk.

Kosmos, Handwörter für Naturfreunde. X. Jahrgang, Heft 11. Herausgegeben vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Frankische Verlagshandlung, Stuttgart) Jährlich 12 Hefte mit 5 Buchbeilagen. Preis 4.80 Mk.

Lazarus. Liebe und Ehe. Von Ferdinand Hanusch. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI. Heft 1. 16 Seiten 8°. Vollständig in 18 Lieferungen à 10 Pf.

Vor einiger Zeit erschien im Wiener Parteiverlage ein ansprechendes Buch: Lazarus, in dem die Jugendgeschichte eines Arbeiterkinds geschildert wurde. Wer das Buch gelesen hat, wird erfahren wollen, was aus Lazarus geworden ist. In dem neuen Werk, das als Fortsetzung des ersten zu betrachten ist, wird diese Frage in fesselnder Weise und schöner Form beantwortet. War die Jugendgeschichte ein Gedank an die Jugend, so gehört diese Fortsetzung den Erwachsenen. Wir wünschen ihr einen Leserkreis, der hinter dem von Lazarus' Jugendgeschichte nicht zurückbleibt.

Wie mache ich Inventur und Bilanzabschluss? Die gesetzlichen Vorschriften in gemeinverständlicher Erläuterung nebst Bilanzentwürfen von Hans Lustig, Bücherrevisor und kaufmännischer Sachverständiger. Baumgartens Verlagsbuchhandlung, Saarbrücken 3d. 34 Seiten 8°. Preis 1.50 Mk.

Das Büchlein fällt durch seine klare Darstellungsweise angenehm auf. Man erkennt die Hand eines gründlichen Kenners des Materials, sodaß man die vorliegende Bearbeitung als ein gutes Hilfsmittel für die Bedürfnisse des Handel- und Gewerbestandes bezeichnen darf.

Marx und die Anarchisten. Von Georg Stiekkloff (Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung, herausgegeben von Max Grunwald, Heft 10) Verlag von Kaden & Co., Dresden. 69 Seiten 80. Preis 50 Pf.

Das Heft gibt eine sehr gewissenhafte historische und theoretische Zusammenstellung, die heute nicht nur geschichtlich, sondern auch einen großen aktuellen Wert besitzt. Wir erinnern nur, daß viele derjenigen Probleme, die im Gegensatz zu Marx von Proudhon, Weitling, Bakunin, Most ganz anarchistisch behandelt wurden, wie die Fragen des Parlamentarismus, der direkten Aktion, heute bei den Fragen des Syndikalismus und des Antiparlamentarismus erneut eine große Rolle spielen. Stiekkloff behandelt diese Frage in einer ruhigen und sachlichen Art, so daß, wie man auch immer zu den Problemen selbst stehen mag, man das Heftchen mit großem Nutzen lesen und für die eigene Fortbildung benutzen kann.

Gute und billige Jugendbücher. Eine Auswahl aus dem großen Verzeichnis. Herausgegeben von dem Zentralbildungsausschuß des Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin. Selbstverlag. 43 Seiten 160.

Führer für den Militärlpflichtigen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dargestellt. Zweite durchgesehene Auflage. Mit ausführlichem Inhaltsverzeichnis, Formularen und Sachregister. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. 67 Seiten 16°. Preis 30 Pf.

Der Inhalt dieses Heftes ist außerordentlich reichhaltig. Es führt uns kurz und prägnant in die

Rechte und Pflichten des Militärlpflichtigen ein. Es zeigt uns, wie Eingaben zu fassen sind, die eine etwaige Befreiung vom Militärdienst oder von einer Übung beabsichtigen. Es gibt überhaupt in allen das Militärlverhältnis berührenden Fragen leichtverständliche Auskunft.

1000 Mark Belohnung. Kriminalroman von Hans Hyan. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. 205 Seiten 160. Preis gebunden 1 Mark.

Der Roman, der als 10. Band der bekannten Vorwärts Bibliothek erschien, ist wie alle Hyan'schen Romane und Erzählungen äußerst spannend. Er hält den Leser von der ersten bis zur letzten Seite in seinem Bann.

Vom sieghaften Zellenstaat. Von Dr. Hermann Dekker. Mit zahlreichen Abbildungen. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde; Geschäftsstelle: Frankische Verlagshandlung, Stuttgart. 108 Seiten 80. Preis geheftet 1 Mk., gebunden 1.80 Mk.

Der bekannte Arzt und Naturforscher versteht es hier, ein sonst streng wissenschaftliches Gebiet in wirklich allgemein verständlicher Weise packend darzustellen. Der Leser verfolgt in wachsender Spannung die Beschreibung der geheimnisvollen und dabei so natürlichen Tätigkeit des Zellenlebens des menschlichen Körpers. Wir werden Schritt für Schritt weiter eingeführt in die Wunderwelt des Zellenstaates, lernen das wunderbare Hand in Hand Arbeiten der Zellen kennen und erfahren, wie sie je nach den Bedürfnissen des Augenblickes arbeiten und ruhen, ihre Aufgaben und Leistungen ändern. Der Verfasser erzählt uns dann, wie die Zellen-tätigkeit tagtäglich in tausend schwierigen Lagen unsern Leib gesund und lebendig erhält, und wie sich die Zellen schlagfertig mit den Schwierigkeiten des Lebens abfinden und in sinnreicher Weise Tod und Gefahren überwinden. Er zitiert dabei das alte Sprichwort: Natura sanat, medicus curat und führt aus, daß alle ärztliche Kunst vergebens wäre, wenn die Natur nicht dank der Tätigkeit des Zellenstaates selbst mithilfe zur Heilung aller Krankheiten. Er weist der Heilkunst neue Wege durch immer tieferes Eindringen in die geheimnisvollen Naturkräfte und die große Vernunft des Menschenleibes und schließt mit hoffnungsvollen Ausblicken auf die Zukunft der Heilkunst. Dieses hochinteressante und wertvolle Werkchen kann darum allen Gesunden und Kranken aufs beste empfohlen werden als ein Buch zum Beruhigen.

Die Druckkunst. Redigiert von Johann Papst. Von der Graphischen Gesellschaft Österreichs herausgegeben und verlegt, Wien 1913. 140 Seiten Lexikonformat und 32 Beilagen in den verschiedensten Drucktechniken.

Bei der ersten Durchsicht des stattlichen Bandes besticht seine gediegene und vornehme Ausstattung. Als Type wurde die Federgraphik der Frankfurter Schriftgießerei Ludwig & Mayer verwendet, die auf dem kräftigen Japanpapier von Poensgen & Hayer in München vorzüglich zur Geltung kommt. Ebenso gediegen wie die äußere Ausstattung ist aber auch der Inhalt des Buches, das Beiträge erster Fachschriftsteller über die Technik der Radierung, die bunten Farben im Buch- und Steindruck, die Rotationsmaschine, die Galvanoplastik im Dienste des Buchdrucks, die Satztechnik, das Leben der Sprache, die Gutenberg zugeschriebenen Drucke usw. enthält. Die 32 Beilagen in den verschiedensten Drucktechniken sind nicht nur recht interessant für den Fachmann, sondern sie gereichen auch dem Buche zur besonderen Zierde. Jedemfalls können wir die Graphische Gesellschaft Österreichs zu ihrer schönen Veröffentlichung nur beglückwünschen.

Die Entstehung des Menschen von der Zeugung bis zur Geburt. Eine natürliche Schöpfungsgeschichte der Embryonen von Dr. med. Heinz Zikel, Arzt in Charlottenburg. Medizinischer Verlag Schweizer & Co., Berlin NW 87. 46 Seiten 8°. Preis 1,80 Mk.

Da es über dieses Thema, das neuerdings auch mit Recht in die Lehrpläne der höheren Schulklassen aufgenommen wurde, sehr viele Darstellungen aus der Feder Überbrutener gibt, ist es mit Freuden zu begrüßen, daß ein erfahrener Arzt auf Grund der modernen wissenschaftlichen Resultate hier in anregender Form das jeden Erwachsenen interessierende Thema sachlich und würdig behandelt. Dr. Zikel bringt nicht nur eine naturwissenschaftlich eingehende und lichtvolle Darstellung aller Vorgänge bei der Entstehung des Menschen, sondern sein Buch bringt Verheirateten auch wichtige sachliche Belehrungen vom Standpunkte des praktischen Arztes aus.

Stellengesuche
Junger perfekter
Umdrucker 1100
für Stein und Zink sucht Stellung unter Offerte M. Kallweit, Tilsit (Ostpreußen), Kleine Gerberstraße 6.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Verschiedenes
Roulett., Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Wischwalzen - Schläuche
ohne Naht für Steindruck - Schnell-Pressen liefert
Edmund Behnisch, Luckenwalde.
Vertreter an allen größeren Plätzen. la. Zeugnisse.

Alois Senefelder
und die Erfindung
der Lithographie
Festschrift von Fritz Hansen
Verlag von
Conrad Müller, Schkeuditz
Preis 55 Pf. (portofrei)
Bei 10 Stück ein Freixemplar

Verbandsnachrichten
Formstecher!
Arbeitsnachweis für Belgien ist
Ch. Hâtele, St. Gilles - Brüssel, 62, Rue Garibaldi 62.
Die Verbandsfunktionäre und Kollegen werden gebeten die derzeitige Adresse des Retuscheurs
Lothar Buchhorn
an Unterzeichnete gelangen zu lassen.
F. Reichardt,
Osterweck (Harz), Wilhelmstraße 19